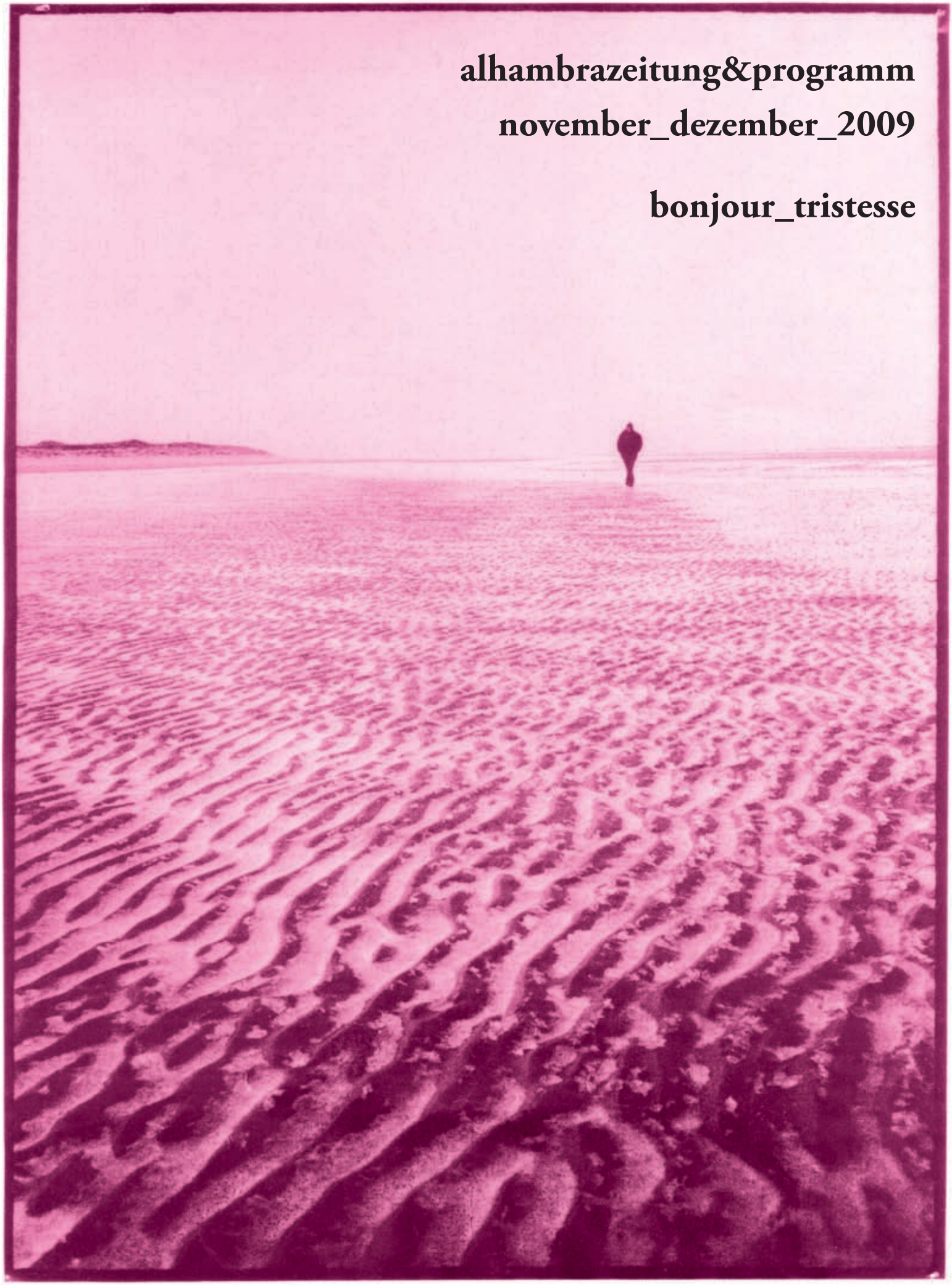
alhambrazeitung&programm
november_dezember_2009

bonjour_tristesse



alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 2

feminismus
Alles Teil des Systems 5
Von Maskulinisten, Vaterrechtlern & Konsorten 8
Männerbewegung 10

klassenkampf
Black Panther: Die größte Gefahr für die innere Sicherheit der USA 12
Die Septemberstreiks von 1969 und ihre Folgen 15
Linke Bewegung und soziale Kämpfe 18

internationalismus
Iran: Ein neuer Anlauf? 24
FDP und Naumann-Stiftung - Terror und Mord für hohe Profite 29
30 Jahre Soli-Bewegung mit Nicaragua 32

knastkritik
Lo ïc Wacquant über Prekarität, Rassismus und Gefängnis in den USA 35

INNENMINISTERKONFERENZ IN BREMEN

Demo am 2.12.09 um 17 Uhr

Bürgerweide (Nordausgang Hauptbahnhof)

Editorial

Bonjour tristesse!

Die Ursache der aufgekommenen Herbstdepression (inklusive Grippe) liegt wohl weniger in dem tristen Wetter oder darin, dass Euch in dieser Ausgabe kein Schwerpunkt (dafür aber eine thematische Breite) erwartet. Sie liegt vielmehr im ständigen Hoffen auf soziale Umwälzungen, die trotz dem allseits bekannten Zustand der Welt, hierzulande nur mühsam in Gang kommen.

Immerhin gibt es ein paar Lichtblicke im verregneten Oldenburg. So strotzt beispielsweise das Oldenburger Mumia-Bündnis, das sich erst im August gründete, momentan vor Energie und Aktivismus. Das nehmen wir als Anlass um Euch Hintergründe zu Mumias politischer Aktivitäten zu bieten. Der Text „Die größte Gefahr für die innere Sicherheit der USA“ (S.xx) liefert einen historischen Abriss über die Black Panther Party .

Sehr wahrscheinlich wird bald das Gerichtsurteil verkündet, welches über die Zukunft von Mumia – also die Frage nach der Vollstreckung der Todesstrafe – entscheidet. Achtet dazu auf Ankündigen über mögliche Aktionen. Bekannt ist bisher, dass es am Tag der Urteilsverkündung um 20 Uhr ein Treffen im Alhambra gibt. Darüber hinaus ist drei Tage nach Bekanntgabe des Todesurteils um zwölf Uhr ein dezentraler Aktionstag geplant. Zudem wird am letzten Samstag vor dem Hinrichtungstermin eine bundesweite Demo in Berlin stattfinden.

Ein bisschen die Tristesse vertrieben wurde uns durch den Haufen Briefe aus verschiedenen Knästen der BRD und der Schweiz, die uns zu unserem letzten Schwerpunkt erreicht haben – das hat uns sehr gefreut! Wir versuchen Euch allen zu antworten, wenn wir das noch nicht geschafft haben, habt noch ein wenig Geduld!

Als Nachtrag zum letzten Schwerpunkt drucken wir ein Interview mit Loïc Wacquant ab. Darin werden die Zusammenhängen von Rassismus, Knästen und dem Arbeitsmarkt in den USA sehr gut verdeutlicht und aktuelle Entwicklungen beleuchtet.

Statt also in herbstliche Melancholie zu verfallen, sollten wir wohl lieber viele Aktionen anzetteln ...

Adieu tristesse!

Eure Alhambra-Redaktion

Hausbesetzung in Oldenburg

Oldenburg Das seit Freitag, dem 9. Oktober 2009 besetzte Haus in der Osterstraße 13 im Oldenburger Bahnhofsviertel wurde am Montag Nachmittag (12. Oktober) geräumt. Die Polizei hatte mächtig technisches Gerät, ein auswärtiges BFE und diverse Hundestaffeln aufgefahren, um die fünf Besetzer_innen – die es sich beim Kartenspielen gemütlich gemacht hatten – aus dem Haus zu holen. Rund 40 eilig zusammengerufene Unterstützer_innen spendeten den fünf Freund_innen bei ihrer vorläufigen Festnahme standing ovations. Das Haus wurde von den Bullen wieder provisorisch verschlossen und soll nun wohl weiter vor sich hin gammeln.

Bereits vor vier Jahren wurde am Rande der autonomen 1.Mai-Demo das etwas brüchige, aber sehr schmucke Haus Osterstraße 13 symbolisch besetzt. Die denkmalgeschützte Stadtvilla aus dem Jahr 1875 in Nähe der Fußgängerzone gehört ebenso wie das Nachbarhaus Nr. 11 der »Öffentlichen Versicherung«. Beide sollten einem Bürokomplex weichen – doch daraus wurde zum Glück nichts. So stehen sie nun seit Jahren leer. Auch wenn sie nur von 4-tägiger Dauer war, zeigte die erste Hausbesetzung in Oldenburg seit vielen Jahren doch vorallem eins – das es möglich ist. Leere Häuser gibt`s genug…

Übernahme der Fliesenfabrik Zanon

Mexico Im August konnte die Belegschaft die Keramikfabrik Zanon endgültig übernehmen, nachdem das Provinzparlament die Enteignung des früheren Besitzers beschlossen hatte.

Die Fabrik ist das größte Keramikwerk auf dem Kontinent. Die Arbeiter_innen produzieren seit 2001 in eigener Verantwortung, unter Leitung von Arbeiter_innenräten.

Sie haben ihren Betrieb jetzt in „FaSinPat" („Fabrik ohne Besitzer") umgetauft. Die Gewerkschaft der Keramikarbeiter_innen spielte eine führende Rolle beim Arbeitskampf der zurzeit 470 Arbeiter_innen.

Flüchtlingslager in Calais geräumt

Frankreich Am 22. September wurde das selbst errichtete Flüchtlingslager – der so genannte ‚Dschungel von Calais' – gewaltsam von der französischen Polizei geräumt. Dabei wurden die über 250 Flüchtlinge und Migrant_innen verhaftet. Dem Großteil von ihnen droht nun die Abschiebung. Das Gelände der Siedlung wurde anschließend mit Bulldozern dem Erdboden gleich gemacht. Da die Räumung schon Tage vorher über die Medien bekannt gegeben war, konnten sich einige Migrant_innen in Sicherheit begeben. Darüber hinaus wurde die Räumung von Antira-Aktivist_innen begleitet, die gegen die Repression gegen die Flüchtlinge protestierten, sowie versuchten die Polizei an der Räumung zu hindern.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Arbeitskämpfe im Theater und bei den Gebäudereiniger_innen

Oldenburg Um ihrer Forderung nach einer Lohnerhöhung um 8,7 Prozent für sich und ihre rund 850 000 Kolleg_innen Nachdruck zu verleihen, streikten die Gebäudereiniger_innen am 7. Oktober in Oldenburg und verliehen mit einer Demo ihren Forderungen Nachdruck. »Unterbezahlung, Arbeitsverdichtung, und immer die Drohung: Ihr fliegt raus – das beschreibt für viele die Situation«, so Olaf Damerow von der IG BAU in Oldenburg. Besonders bitter: Da die bereits seit Mitte des Jahres laufenden Tarifverhandlungen an fehlender Einsichtsfähigkeit der Arbeitgeber_innen bisher keine Ergebnisse erzielten, können die Arbeitgeber_innen die Konditionen seit dem 1. Oktober selbst bestimmen. Bei Neueinstellungen im Gebäudereinigungs-Handwerk drohen deshalb von 8,15 Euro auf bis zu 5,71 Euro sinkende Löhne.

An der Demo der IG BAU, die vor dem Gewerkschaftshaus in der Kaiserstraße startete und in Richtung Innenstadt zog, beteiligten sich um die hundert Leute. Unter ihnen waren auch einige der 250 Beschäftigten des Staatstheaters, die sich seit etwa 10 Wochen im unbefristeten Streik befinden. Hintergrund ist der seit langer Zeit schwelende Tarifkonflikt zwischen dem Land Niedersachsen und der Gewerkschaft ver. di. Es geht vor allem um den Erhalt von Zulagen für Schicht- und Sonntagsarbeit – die Theaterbetriebszulage (TBZ). Diese Theaterbetriebszulage in Höhe von 22% des Bruttolohns im Bühnenbereich bzw. 13% des Bruttolohns in den Werkstätten sowie vier Ausgleichstage pro Jahr erhalten die Beschäftigten seit mehr als 40 Jahren.

TBZ und Ausgleichstage sollen einen Ausgleich für die unregelmäßigen Arbeitszeiten, die überwiegenden Spätdienste, sowie für Arbeiten an Wochenenden und an Sonn- und Feiertagen darstellen. Das Land Niedersachsen will die TBZ nun massiv kürzen, was für die Beschäftigten eine finanzielle Verschlechterung im dreistelligen Euro-Bereich bedeuten würde. Bereits seit Dezember vergangenen Jahres kam es immer wieder zu kurzfristigen Streiks der 70 Beschäftigten aus den Bereichen wie Bühnentechnik, Beleuchtung und Requisite. Nachdem sich das niedersächsische Finanzministerium in den vergangenen Monaten nicht gesprächsbereit gezeigt hat, soll der Streik nun bis zur Aufnahme neuer Gespräche fortgesetzt werden. Seitdem kann der Spielbetrieb nur durch den Einsatz von StreikbrecherInnen aufrecht erhalten werden.

Urteile im „mg-Prozess"

Berlin Nach 63 Prozesstagen endete am 16. Oktober der Prozess gegen die Antimilitaristen Axel, Olli und Florian mit Freiheitsstrafen von drei bzw. dreieinhalb Jahren. Die Angeklagten wurden beschuldigt, im November 2007 in Brandenburg/Havel versucht zu haben Fahrzeuge der Bundeswehr anzuzünden. Zudem wurde ihnen unterstellt, Mitglieder der „militanten gruppe" (mg) zu sein. Die Anwälte sprachen von einem Verfahren, das geprägt war von Vorverurteilungen seitens des Gerichts und kritisierten, dass der Prozess „von politischen Vorgaben bestimmt war". Ein als Zeuge geladener BKA-Beamter log nachweislich bei seiner Zeugenaussage, Prozessbeobachter_innen, die das gesamte Verfahren solidarisch begleiteten, wurden massiv eingeschüchtert. Der Verteidigung wurde mehrfach die Akteineinsicht verwährt, sie sprach letztlich von einem „unfairen Verfahren". Aufgrund der Voreingenommenheit des Gerichts und des skandalösen Prozessverlaufs verzichteten die Anwälte auf ein Schlussplädoyer.

Unter dem Motto „Feuer und Flamme der Repression" demonstrierten am Abend ca. 1 000 Leute in Berlin und solidarisierten sich mit den Verurteilten. Auch in Hamburg, Stuttgart, Marburg und Bremen gingen Menschen auf die Straße. Sie begrüßten den Versuch, Bundeswehrfahrzeuge zu vernichten als legitime Abrüstungsinitiative und forderten Freiheit für die Angeklagten. Das Verfahren geht nun in die Revision, die Verteidigung rechnet allerdings mit einer Bestätigung des Urteils.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Stadt Oldenburg feiert Bundeswehr

Oldenburg Auf Einladung der Stadt Oldenburg feierten am 18.09.2009 die Bundeswehr und die Stadt Oldenburg ihre 25-jährige Patenschaft. Hierzu wurde bereits am Vortag der Pferdemarkt mit Hamburger Gittern abgeriegelt, damit die Bundeswehr den Besucher_innen der Feierlichkeiten ihr Arsenal an Kriegsgerät präsentieren konnte. Dazu gab es Bratwurst und Getränke. Als „Highlight" der Kriegspräsentation konnten die Besucher_innen ein Maschinengewehr deutscher Fabrikation bestaunen und samt Zielfernrohr damit „üben".

Die Patenschaft geht zurück auf das Jahr 1984, damals beschloss der Rat der Stadt Oldenburg „in (...) Anerkennung des Auftrages und des Dienstes, den die Soldaten für alle Bürger unseres Landes leisten" eine Patenschaft mit der 11. Panzergrenadierdivision. Nach der Umstrukturierung der Kriegstreiber_innen in Oldenburg und der damit einhergehenden Auflösung besagter Panzergrenadierdivision, wurde die Patenschaft 2006 auf die in Oldenburg stationierte Luftlandebrigade 31 übertragen. Die Luftlandebrigade ist entscheidend am deutschen Kriegseinsatz in Afghanistan beteiligt und steht für weitere deutsche Angriffskriege als Teil der „Truppen der ersten Stunde" bereit.

Brigadegeneral Frank Leidenberger vom Bundeswehr-Standort Oldenburg betonte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit der Stadt Oldenburg: „Die Patenschaft ist das äußere Zeichen der Verbundenheit zwischen Stadt und Bundeswehr, zwischen den Bürgerinnen und Bürgern mit ‚Ihren' (sic!) Soldatinnen und Soldaten. Sie gibt allen Frauen und Männern in den immer gefährlicher werdenden Auslandseinsätzen den Rückhalt, den sie benötigen, um den vom deutschen Volke (!) gegebenen Auftrag bestmöglich zu erfüllen". Der Oldenburger Oberbürgermeister Gerd Schwandner begrüßte die angereisten Generäle und andere Kriegstreiber_innen der Bundeswehr persönlich und verlautbarte: „Die Bundeswehr ist ein Garant für Frieden und Freiheit, und ich wünsche mir im Namen der Stadt Oldenburg, dass es uns gelingen möge, die guten Beziehungen zwischen Stadt und Bundeswehr weiterhin zu pflegen und zu stärken. Es liegt in unserer Verantwortung (...) den hier stationierten Soldatinnen und Soldaten eine Heimat zu bieten, in der sie sich angenommen fühlen". Darüber hinaus meinte Schwandner zu wissen, dass „das Verhätnis zwischen Bundeswehr und der Oldenburger Zivilbevölkerung harmonisch und freundschaftlich ist".

Letztere Behauptung von Schwandner stimmt so wohl nicht: Gegen 14.00h machten sich ca. 40 Antimilitarist_innen auf den Weg zum Pferdemarkt, um ihren Unmut über die von der Stadt und der Bundeswehr organisierten Werbeveranstaltung für Krieg kundzutun. Der Einlass zum Gelände wurde den Protestierenden von Feldjägern und Militärpolizei versperrt. Letztlich fand für knapp zwei Stunden eine Kundgebung vor dem Haupteingang mit lauter Musik, Flyern und Transpis statt. Außer drei stadtbekannten NPD-Nazis gab es in dieser Zeit auch so gut wie keine „Oldenburger Bürger", die die Veranstaltung besuchten. Die beschworene „Oldenburger Zivilbevölkerung" glänzte durch Abwesenheit und brachte so höchstens ihr Desinteresse für die kriegführende Bundeswehr zum Ausdruck. Nach Beendigung der Kundgebung gab es noch eine Demonstration vom Pferdemarkt zum Alhambra.

Auch wenn es sicherlich übertrieben wäre von einer antimilitaristischen Bewegung in Oldenburg zu sprechen, war dieser Tag allemal ein Erfolg. Ein dauerhafter Widerstand gegen die Bundeswehr in Oldenburg ist notwendig und wünschenswert. Der Standort Oldenburg ist für die Bundeswehr weiterhin von sehr großer Bedeutung. Neben der in Oldenburg-Bümmerstede stationierten Luftlandebrigade 31 ist sowohl das Bundeswehr-Dienstleistungszentrum, als auch das Verpflegungsamt (beides in der Dragoner-Kaserne) von großer Bedeutung für die Bundeswehr-Logistik. Das Bundeswehr-Verpflegungsamt in Oldenburg ist die bedeutendste Einrichtung zur Herstellung von Nahrungsmittelpaketen für deutsche Soldat_innen im Kriegseinsatz im Ausland.

Bundeswehr angreifen!
Militarismus bekämpfen!

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Alles Teil des Systems

Das Geschlechterverhältnis war und ist Transformationen unterworfen, die Situation von Frauen hat sich verbessert und der soziale Handlungsrahmen für Männer erweitert, aber immer noch ist das Verhältnis ein hierarchisches. Schließlich haben gesellschaftliche Veränderungen zwar zu einer formellen Gleichbehandlung der Geschlechter z.B. bei den Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Politik geführt und inzwischen besteht auch für Frauen die Möglichkeit, in der Sphäre der gesellschaftlichen Öffentlichkeit zu wirken, aber ökonomische, berufliche, soziale und private Geschlechterzuweisungen existieren weiterhin.

Machtverhältnisse, die sich auf die Trennung und Hierarchisierung der Geschlechter stützen, äußern sich vielfältig in den verschiedensten Bereichen. Die Strukturen bestehen auf verschiedenen Ebenen und sind kompliziert und komplex und man macht es sich zu einfach, Männern die Herrschaftsausübung und somit die Rolle der Unterdrücker und Frauen die Rolle der Unterdrückten zuzuschreiben, denn an der Gestaltung und Aufrechterhaltung sind beide Geschlechter beteiligt.

Die gegenwärtige Gesellschaft ist von Macht- und Hierarchiestrukturen geprägt, die sich sowohl im Geschlechterverhältnis wie in der ökonomischen Ordnung zeigen, wobei diese zwei Aspekte miteinander verflochten sind. Die eindeutige Unterscheidung der Geschlechter ist nicht nur eine Erscheinung des Kapitalismus, aber sie wird in ihm brauchbar gemacht. Eines seiner herausragenden Merkmale ist die Trennung von Produktions- und Reproduktionssphäre, wobei traditionell Männern der öffentliche, produktive und Frauen der private, reproduktive Bereich zugeordnet ist. Dabei wird die Arbeit im Reproduktionsbereich nicht bezahlt, bzw. nur über die Lohnarbeit des Mannes indirekt vergütet. Verschiebungen in diesen traditionellen Geschlechterzuweisungen haben zwar stattgefunden, jedoch waren sie nie radikal genug, um zu einer Bedrohung des Kapitalismus zu führen oder die Auflösung der Geschlechter zu bewirken. Gendermainstreaming ist inzwischen ein etabliertes Konzept und einzelne Forderungen der diversen Frauenbewegungen wurden erfüllt, allerdings stellt sich immer wieder heraus, dass das kapitalistische System genug Flexibilität aufweist, um auf die Veränderungen einzugehen ohne das Geschlechterverhältnis grundsätzlich zum Wanken zu bringen. Ein weites Spektrum verschiedener Positionen kann parallel in gesellschaftlichen Diskursen bestehen, und so ist die Gleichzeitigkeit von kritischen Gender- und Queer-Theories und konservativen antifeministischen Backlashpositionen möglich.

Prinzipiell stehen Frauen inzwischen alle Berufszweige offen, aber sie sind immer noch die Hauptverantwortlichen für den Reproduktionsbereich, bei der Karriereplanung hindert sie nach wie vor die vielbeschworene Doppelbelastung. Bis heute wird innerhalb dieser Gesellschaft in "typisch männliche" und "typisch weibliche" Tätigkeiten unterschieden und wie fest diese Einteilung auch in den Köpfen verankert ist, lässt sich z.B. an Statistiken ablesen, die die Berufswünsche von jungen Männern und Frauen abfragen. "Typisch weibliche Tätigkeiten" sind eher dienstleistend oder sozial und stützen sich auf die zugeschriebenen "weiblichen" Qualitäten wie Einfühlungsvermögen, Fürsorge und Vermittlung. Durchsetzungsvermögen, Machtstreben und dominantes Verhalten sind dagegen die "männlichen" Qualitäten, die die Männer zu produktiven, führenden und planenden Tätigkeiten befähigen und die Überzahl der Männer in Führungspositionen erklären würden. Einhergehend mit dieser Einteilung ist auch eine implizite Wertung, die sich sowohl in der Bezahlung als auch in der Hierarchisierung der Felder niederschlägt.

Da die Trennung der Gender-Rollen derart manifest ist, kommt es zu Problemen, wenn Rollenklischees durchbrochen werden. Mit dieser "Unordnung" umzugehen, gibt es verschiedene Strategien, um passend zu machen, was laut Geschlechtervorstellungen nicht passt. In dieser Gesellschaft wird von jedem Menschen gefordert, eine eindeutige Gender-Identität mit einem festen Inventar an Eigenschaften zu leben, und zwar die als Mann oder Frau, etwas dazwischen gibt es nicht. Menschen, die sich nicht den geschlechtsspezifischen Zuordnungen unterwerfen, sehen sich besonderen Schwierigkeiten ausgesetzt, ihnen wird oft die gesellschaftliche und private Anerkennung entzogen, da sie von ihrer Umwelt als verstörend und verunsichernd wahrgenommen wer-

den. Dies kann weitreichende Folgen haben und der Druck führt ja genau dazu, dass sich Menschen einpassen und sich so das System perpetuiert. Wie sehen die Strategien, die die Trennung der Geschlechter aufrechterhalten soll, also aus?

Frauen, die in "männliche Domänen" und sei es nur der Führungsbereich vordringen, haben erst einmal mit den Vorurteilen zu kämpfen, dass ihnen doch das "natürliche Grundwissen" fehle oder sie qua Geschlecht unfähig zu dieser Tätigkeit seien oder zumindest ihre Arbeit einer sehr viel kritischeren Beurteilung ausgesetzt sehen. Sollte eine Frau in einer nicht typisch weiblichen Position oder Tätigkeit erfolgreich sein, wird ihr oftmals vorgeworfen, sie habe sich "männlicher" Verhaltensweisen bedient und sei keine "echte" Frau mehr. Ebenso findet sich aber auch die Argumentation, dass Frauen eben besonders gut für leitende Posten geeignet seien, weil ihnen bspw. eine höhere Kompetenz in Kommunikation zugesprochen wird. Parallele Vorstellungen finden wir auch, wenn Männer in "weiblichen Berufen" arbeiten. Ihnen wird gern ihre "Männlichkeit" abgesprochen (z.B. Weichei-Waschlappen-Vorwurf), und sie werden belächelt. Obwohl Arbeiten in einem gesellschaftlich geringer bewerteten Beruf einen sozialen Abstieg/Machtverlust bedeutet, wird aber in speziellen Bereichen ihre Tätigkeit von den Mitarbeiterinnen als besonders positiv und lobenswert angesehen. Es werden ihnen eher Fehler zugestanden, weil sie mit diesem Bereich "nicht vertraut" seien und es gibt ebenso die Auffassung, dass Männer auch in traditionell weiblichen Berufen qua ihres Geschlechts von besonderer Eignung seien, z.B. in Kindergärten wird es für zunehmend wichtig empfunden, dass den Kinder auch männliche Betreuer als Rollenmodelle vorgeführt werden.

Ähnliche Mechanismen wirken im Freizeitbereich. "Versagt" zum Beispiel ein Mann mal ganz platt: kann er nicht Fußball spielen , so wird dies mit fehlendem Talent oder individuellem Nichtkönnen begründet. "Versagen" Frauen hingegen, so ist dies oft genug die Bestätigung für das Versagen eines ganzen Geschlechts. Dies äußert sich dann in Sätzen wie: "Hab ich es doch gewusst! Frauen können so etwas nicht." oder: "Frauen sind für so etwas einfach nicht geschaffen".

Individuelle oder sozialisationsbedingte Unterschiede werden so übergangen, dass eine allgemein gültige Aussage über Geschlechter möglich wird.

Es gibt genug Beispiele, die nicht den Stereotypen entsprechen, doch diese werden viel weniger wahrgenommen als solche, die sie stützen, sie werden immer wieder gesucht und pseudowissenschaftlich begründet, z.B. durch Biologisierung der Geschlechter und ihre Erklärung durch evolutionäre Sinnhaftigkeit. Männer hätten zum Beispiel ein besseres räumliches Sehvermögen, weil sie in Urzeiten für die Jagd zuständig waren und weite Entfernungen gut abschätzen können mussten, während bei Frauen der Blick auf nahe, kleine Dinge besser ausgebildet ist aufgrund ihrer damaligen Aufgabe, Früchte und Beeren zu sammeln.

Sexistischer Normalzustand

Das Geschlechterverhältnis findet seinen Ausdruck im sexistischen Alltag, der von strukturellen und individuellen Bedrohungen und Einschränkungen geprägt ist. Diese umfassen eine große Bandbreite, von sexistischen Sprüchen, ungewollten Berührungen bis hin zu Vergewaltigungen. Schon die Möglichkeit einer Vergewaltigung und damit verbundene Ängste begrenzen Frauen in ihren Möglichkeiten.

Dieser Position steht die gesellschaftlich vorgeprägte relative Machtposition von Männern gegenüber. Hier gilt ebenso, wie bereits oben gesagt, dass es nicht um eine einseitige Schuldzuweisung geht, sondern dass Männer wie Frauen diese Verhältnisse reproduzieren. Wer dagegen angeht, ist beständig von Aggressionen bedroht, da niemand sich gern sein einfaches Weltbild wegnehmen lässt. Diese Verhältnisse aufzubrechen erfordert permanente Reflexion und Auseinandersetzung, auch mit dem eigenen Verhalten.

Geschlechtsspezifische Hierarchie- und Machtkonstellationen wirken sich auch auf Sexualität und Körperempfinden aus. Eine "natürliche" Sexualität existiert nicht, Lustempfinden und Wünsche sind vergesellschaftet. Allgemein wird jedoch ein anderes Bild vermittelt, Sexualität wird individualisiert, als rein privat angesehen und zusätzlich mit Tabus belegt. Im geschlechtshierarchischen System ist ein ungutes Körpergefühl von Frauen angelegt, das diese jedoch ebenfalls als persönliches Problem begreifen sollen. Diese Verwundbarkeit wird benutzt, um das Machtgefüge aufrechtzuerhalten, ein Mittel und ein Ausdruck davon ist sexualisierte Gewalt. Bei einer Vergewaltigung versucht der Täter eben diese Macht zu zeigen und die Frau zu

kontrollieren, zu beherrschen und zu erniedrigen. Vergewaltigungen finden in einem gesellschaftlichen Kontext statt, der auf Hierarchie und Gewalt in den Geschlechterverhältnissen basiert, diesen Zustand auszunutzen und zu reproduzieren ist aber eine Entscheidung und ein Vergewaltiger ist für seine Taten verantwortlich zu machen.

Szene - nur Teil des Ganzen

Klar ist, dass die so genannte linke Szene nicht außerhalb der Gesellschaft steht. Nur aufgrund ihrer emanzipatorischen Ansprüche werden Linke nicht zu besseren Menschen. Auch innerhalb einer (sub-)kulturellen Szene, deren Leute als weitestgehend politisiert bezeichnet werden, fehlt oftmals das Bewusstsein für das Thema Sexismus. Ein antisexistisches Selbstverständnis gehört zwar in linken Projekten inzwischen beinahe zum Standard, wird jedoch kaum mit Inhalten gefüllt. So kommt es nicht selten vor, dass bei Konzerten jeglicher Musikrichtungen sexistische Ansagen oder Texte zu hören sind. Wird dies überhaupt thematisiert, ist die Reaktion oft Unverständnis: die Band sei doch gut, man dürfe das alles nicht zu ernst nehmen, schließlich sei es ja nur ein Lied und alles nur eine Interpretationsfrage etc. Ein irgendwie politischer Anspruch scheint sich im sozialen Bereich häufig gar nicht fortzusetzen. Sexistische Sprüche am Tresen, Rumgepose im Club oder Antatschen im Gedränge sind auch in linken Läden an der Tagesordnung. Abgetan wird dieses Verhalten beispielsweise damit, dass der Verantwortliche jedoch ansonsten ein guter Antifaschist oder Antideutscher oder Kumpel ist. Von Paarbeziehungen wollen wir gar nicht erst anfangen. Auch in Gruppenstrukturen ist Sexismus ein niemals endendes Thema. Trotz des vielen Geschriebenen und Gesagten sind kaum Fortschritte erzielt worden. Im Gegensatz zu anderen Themen verlaufen Diskussionen über Sexismus, so sie überhaupt geführt werden, oft sehr aufgeheizt und kommen über strukturelle Standards (z.B. quotierte Redeliste, paritätisch besetzte Podien) selten hinaus.

Außerdem scheint es, als müssten seit Jahren immer wieder dieselben Diskussionen geführt werden, hier kann zum Beispiel das ewig leidige Redeverhalten genannt werden.

Wenn es dann zu strukturellen Maßnahmen gekommen sein sollte, stellen solche Veränderungen immer nur einen kleinen Schritt auf dem Weg zur Durchsetzung nicht-sexistischer Standards dar. Weder sexistische noch sozialisationsbedingte Verhaltensweisen werden damit grundsätzlich in Frage gestellt oder aufgelöst. Nach dem Plenum ist ein reflektierteres Verhalten nicht zu bemerken. Allerdings werden von Frauen die geschaffenen Möglichkeiten oft nicht ausgeschöpft, denn die Angst, zu versagen, das Unbehagen vor der zu übernehmenden Verantwortung wird nicht abgebaut. Diese Ängste können nur überwunden werden, wenn sie aktiv angegangen werden und sich nicht auf einem Status Quo ausgeruht wird.

Frauen in der linken Szene gehen ständig zugunsten einer vermeintlich allgemeinen Politik Kompromisse in Bezug auf die Thematisierung sexistischer Verhältnisse und Verhaltensweisen ein. Oft genug verzichten sie auf diese Diskussionen, obwohl sie ihnen wichtig sind, um mit der Arbeit innerhalb der Gruppe voranzukommen oder weil sie negative Reaktionen befürchten. Es muss nicht bis zum Dissing der Betreffenden kommen, ein bloßes Augenrollen oder andere Anzeichen von Genervt-Sein reichen unter Umständen aus, um Frauen die Motivation für die Diskussion zu nehmen. Diese Anzeichen vermitteln Frauen, dass es kein Interesse an einer Auseinandersetzung gibt. Das Thema Sexismus wird nicht nur belächelt, sondern auch gerne übergangen oder immer wieder verschoben.

Sexismus und das hierarchische Geschlechterverhältnis sind keine marginalen Probleme, dem sich nur Frauen widmen sollten und die in der Gesamtheit der politischen Themenfelder eine neben- oder untergeordnete Rolle spielt. Nicht nur, weil sexistische Sprüche nerven und sexualisierte Gewalt Leid verursacht, sondern weil es dabei um etwas geht, das alle betrifft. Frauen wie Männer, Intersexuelle, Transsexuelle, erfahren Einschränkungen durch die herrschenden Zu- und Abschreibungen, die einer freien Entwicklung im Wege stehen und so ist die Einführung nicht-sexistischer Standards zwar eine begrüßenswerte Maßnahme, aber nicht das non-plus-ultra. Die Reflexion des eigenen Verhaltens und weitergehende Auseinandersetzung mit Geschlecht/Gender als eine grundlegende Kategorie, die das Leben strukturiert, kann und soll sie nicht ersetzen.

von Antifaschistischer Frauenblock Leipzig (AFBL), zuerst erschienen in der AS.ISM 2

Von Maskulinisten, Vaterrechtlern & Konsorten

Die Vaterrechtler sind auf dem Vormarsch. Antifeminismus und Frauenhass sind dabei ihre ständigen Wegbegleiter.

„Gehören Frauenhäuser abgeschafft?" Sechzig Prozent der knapp 60.000 Abstimmenden beantworten diese Frage mit Ja. Zumindest bei einer Umfrage, die in der Internetausgabe der deutschen Tageszeitung „Die Welt" durchgeführt wird. Dass sie einem Artikel beigestellt ist, der den richtungsweisenden Titel „Warum das Frauenhaus abgeschafft werden muss" trägt, war für das Ergebnis vermutlich nicht ganz unerheblich. „Frauenhäuslerische Gewalt-" und „Feindbildideologien" hätten „zur feindselig aufgeladenen Polarisierung der Gesellschaft in männliche Gewalttäter und weibliche Friedfertige" geführt, schreibt der Soziologe Gerhard Amendt darin. Schutzsuchende Frauen würden in Frauenhäusern politisch manipuliert, Männer dort kollektiv entwertet und zu Hassobjekten gemacht. Das Frauenhaus diene letztlich auch nicht dem Gewaltschutz, sondern nur den dort Beschäftigten zur Befriedigung narzisstischer Überlegenheitsgefühle.

Gerhard Amendt gehört zu den HerausgeberInnen der jüngst erschienen Anthologie „Befreiungsbewegung für Männer", auf deren Konto auch die unlängst verabschiedete Niersteiner Erklärung geht. Dass sich Geschlechterunterschiede u.a. biologisch begründen, heißt es etwa darin. Oder: „Männer und Frauen sind rechtlich gleichgestellt. Dieser Prozess ist abgeschlossen. Eine weitere Benachteiligung von Jungen und Männern schadet nicht nur den Betroffenen, sondern der Gesamtgesellschaft."

Unterzeichnet hat die Erklärung auch der Autor Arne Hoffmann. Von ihm stammen neben einschlägigen Publikationen wie „Männerbeben: Das starke Geschlecht kehrt zurück" und „Rettet unsere Söhne: Wie den Jungs die Zukunft verbaut wird und was wir dagegen tun können" auch Titel wie „Onanieren für Profis" oder „Die Sklavenmädchen von Wiesbaden". Amendt und Hoffmann sind Männerrechtler. Und wie das Abstimmungsergebnis zeigt: Sie sind nicht alleine.

Stehpisser gegen Lila Pudel.

Eine so genannte Männerbewegung gibt es in Europa seit Anfang der 1970er Jahre. In den Männergruppen der ersten Stunde sollte eine kritische Auseinandersetzung mit Männlichkeiten stattfinden. Patriarchatskritik wurde dort beispielsweise mithilfe von MRT („Männer machen Radikale Therapie", eine Abwandlung von FORT„Frauen Organisieren Radikale Therapie), später dann auch bevorzugt anhand der Theorien von Robert (heute Raewyn) Connell geübt. Diese Gruppen entstanden in einem feministischen und antisexistischen Kontext. Doch ab den 1990ern etablierten sich zusehends Organisationen mit deutlich gewandelter Stoßrichtung (vgl. Interview ab S.10). Die sich dort verbündenden Männer begreifen sich als Opfer einer Gesellschaft, in der feministische Forderungen längst flächendeckend umgesetzt worden und in der Männer nun die diskriminierten Leidtragenden seien. Und während es den profeministischen Jungs gerade um eine Dekonstruktion männlicher Identitäten ging, arbeiten so genannte Maskulinisten und Mythopoeten kurz darauf schon emsig an ihrer Wiederherstellung: Robert Blys Aufruf für eine „authentische Männlichkeit" folgend, bemühen sich mythopoetische Gruppen um eine Rückkehr zu männlicher Wildheit und innerer Kraft, und die Maskulinisten kultivieren in ihren Zirkeln unverhohlenen Antifeminismus und Frauenhass.

Eine „Bürgerrechtsbewegung, die sich für Männer und Jungen einsetzt", nennt Arne Hoffmann seinen Newsblog „Genderama", in einem Kommentar reklamiert er gar die Bezeichnung „Außerparlamentarische Opposition" für seinesgleichen. So unangemessen diese Selbstbenennungen sind: Mit einer Bewegung hat man es tatsächlich zu tun, noch dazu mit einer, die vor allem im Internet beunruhigend umtriebig ist. Neben Genderama gibt es unzählige Seiten und Foren, die so klingende Namen wie „Stehpisser",„der Maskulist", „MANNdat" oder „wider den feministischen Ungeist" tragen und die sich allesamt dem Kampf gegen „Feminazis" oder „Femifaschisten" verschrieben haben.

Dass Frauen eine höhere Lebenserwartung haben, wird ihnen dort eben so zur Last gelegt wie ihre Befreiung von der Wehrpflicht, dass Männer auf den Bau müssen, während es sich die Frauen daheim gemütlich machen, wird beklagt, ein Loblied auf Eva Herman gesungen und über so genannte Lila Pudel („Frauenversteher") gespottet. Und überhaupt seien Frauen genauso gewalttätig wie Männer – „und das sogar geringfügig häufiger" – schreibt Amendt in seinem Anti-Frauenhaus-Pamphlet und formuliert damit eine in diesen Kreisen ebenfalls weit verbreitete Überzeugung. Männergewalt wird relativiert wenn nicht überhaupt geleugnet, strukturelle Gewalt gegen Frauen sowieso.

„Prostituierte sind billiger."

Wer die hasserfüllten Postings unter Online-Artikeln kennt, in denen das Wort feministisch auch nur vorkommt, kann sich vorstellen, wie solche Männer schreiben, wenn sie unter sich sind. Ungestört. Denn: „Den Feminismus verherrlichende Beiträge werden gelöscht. Jedem stehen für solcherlei Äußerungen

genügend andere Foren zur Verfügung." So lautet eine Forumsregel bei „Wieviel Gleichberechtigung verträgt das Land", die augenscheinlich auch rigide umgesetzt wird. Äußerungen wie: „Das Patriarchat ist eine Gesellschaft, in der Kinder und Frauen Schutz genießen – sofern sie nicht über die Stränge schlagen" bleiben unwidersprochen. Auf „Wikimannia" wird das feministische Grundvokabular durchdekliniert: von Abtreibung („[Es] besteht von männlicher Seite die Forderung juristisch abtreiben zu können, um sich, genauso wie eine Frau, die abtreibt, der Verantwortung für das werdende Kind komplett entziehen zu können") bis Zwangsverheiratung („Wenn ein verheirateter Mann sich scheiden lässt, dann begibt er sich in den Zustand einer Zwangsehe. Er kann nach allen Regeln der Kunst gerupft werden. Prostituierte sind erheblich billiger.").

Geplünderte Prügelknaben.

Das Feindbild von der kaltblütig abzockenden Exfrau ist vor allem bei einer Gruppe das mit Abstand beliebteste. Ihre Mitglieder nennen sich Vaterrechtler und inszenieren sich als geplünderte Prügelknaben, denen die Frauen grundlos davonlaufen und die Kinder samt letztem Hemd geraubt werden. Auch sie haben eigene, international gut vernetzte Vereine und Internetforen wie z.B. „Väteraufbruch" oder pappa.com aus Deutschland, die es schon in den vergangenen Jahren verstanden, Aufmerksamkeit für ihre Anliegen zu erzielen. Besonders spektakulär gelang ihnen das beispielsweise 2004, als ein als Batman verkleideter Aktivist der Organisation „Fathers 4 Justice" medienwirksam die Fassade des Buckingham-Palastes erklomm. Mit dem Film „Der entsorgte Vater", der seit Sommer in den deutschen Kinos läuft, ist der Vaterrechtsbewegung nun ein weiterer Coup beim erfolgreichen Agenda-Setting gelungen. Vom Spiegel bis zur Brigitte zeigten sich die deutschen Medien weitgehend betroffen von der Dokumentation, die so tränendrüsig wie tendenziös vier verlassene Väter und ihren Kampf ums Kind porträtiert.

Hauptsache Vater.

Das Engagement der Vaterrechtler scheint sich zu lohnen. Seit 1. September gilt in Deutschland ein neues Familienverfahrensgesetz, das dem getrennt lebenden Elternteil deutlich mehr Rechte einräumt. Eilverfahren sind vorgesehen, mit denen Fragen des Unterhalts und des Besuchsrechts nun in kürzester Zeit entschieden werden können. Müttern, die dem Vater den Umgang mit dem Kind verweigern, drohen Sanktionen bis zur Haftstrafe. Die „deutsche Politik erlag den Einflüsterungen der Vaterrechtsbewegung mit ihrem Mythos von der Frau, die dem Mann ohne sein Verschulden das Kind böswillig vorenthält", bewertet die Soziologin Anita Heiliger die Reform. „Die Neuerungen sind ein weiterer Rückschritt für Mütter und Kinder. Das Beschleunigungsgebot, innerhalb von vier Wochen nach einer Trennung den Umgang zu regeln, schließt die Auseinandersetzung mit den Gründen für die Trennung und die Prüfung kindgerechter, dem Kindeswohl förderlicher Bedingungen für den Umgang praktisch aus. Damit haben Vaterrechtler erreicht, dass die Qualität des Vater-Kind-Kontaktes nun überhaupt kein Thema mehr ist, Hauptsache Vater. Es ist eine Niederlage in all unseren Kämpfen um frauen-und kindgerechte Bedingungen sowie um Ausschluss des Umgangs für Väter, die psychische, physische und sexuelle Gewalt gegen die Frau und/oder das Kind ausgeübt haben. Für betroffene Frauen ist es ein einziges Desaster."

Rollback.

Seit Jahren fordern die Autonomen Frauenhäuser in Deutschland, dass es kein Sorge- und Umgangsrecht für gewalttätige Väter geben darf, das Gesetz bringt nun stattdessen einen herben Rückschlag. Für Heiliger sind auch Filme wie „Der entsorgte Vater" ein Indiz für einen „Rollback in der ganzen Männlichkeitsdebatte", denn Männer würden wieder darin bestärkt, sich als Opfer zu sehen und auf ihre Rechte zu pochen.

Die Ursache dieser Entwicklung liegt für sie darin, „dass Frauen kollektiv an Selbständigkeit und Selbstbewusstsein gewonnen haben und ein selbstbestimmtes Leben führen möchten. Bei den Männern hat sich leider kollektiv nichts wirklich bewegt hinsichtlich einer Rollenänderung", so Heiliger. „Sie setzen Macht über Frau und Kinder gnadenlos durch, in Ermangelung einer neuen emanzipierten männlichen Rolle. Die Behauptung, die Frauen würden sich an ihnen rächen, ist die Projektion ihres eigenen Verhaltens, denn sie rächen sich für das Verlassenwerden und kreieren die bekannten Mythen von der bösen Frau und dem armen Vater, der sein Kind nicht sehen dürfe. Wer auf der Seite der Frauen (und Kinder) steht, wird brutal diskriminiert, beleidigt, denunziert. Die Mittel sind unglaublich primitiv, so dass es sehr erstaunt, die Politik in diesem Fahrwasser zu sehen."

Klement und Konsorten.

In Österreich ist die Vaterrechtsszene vergleichsweise überschaubar, ihr Aufruf zur bisher einzigen Demonstration im Frühjahr 2008 mobilisierte kaum hundert TeilnehmerInnen. Mit dem Parteiausschluss Karlheinz Klements aus der FPÖ verlor die Bewegung zudem ihren rührigsten Vorkämpfer. Selbst der freiheitlichen „Männerpartei" (Klement) wurde der „Genderwahn" ihres Gleichstellungsbeauftragten wohl unheimlich, der Homosexualität für eine „Kultur des Todes" und die Gebärmutter für den gefährlichsten Ort Österreichs hält, und gegen den mittlerweile auch ein Prozess wegen antisemitischer Verhetzung läuft. Doch auf seiner Homepage und in den einschlägigen Blogs posten Klement und Konsorten auch hierzulande emsig weiter, und auch der antifeministische Output in den Online-Diskussionsforen der heimischen Medien ist bekanntermaßen beachtlich. Zumal auch diese pünktlich zum Filmstart die verlassenen Väter entdeckt haben und deshalb beispielsweise zum Chat mit dem Thema „Weggelegte Väter. Warum entsorgen Frauen die Kindesväter?" (Kurier) laden.

Und auch für die politische Laufbahn von Karlheinz Klement gäbe es vielleicht noch eine Chance. Die Partei „für Männerrechte und wahre Gleichberechtigung" sucht zur Verstärkung ihrer Truppe von Typen, denen man nicht im Dunkeln begegnen möchte, derzeit nämlich weitere Kandidaten für die Wiener Landtagswahl.

aus: an.schläge 10/2009

„Das führt dann nicht nur zu sexistischen, sondern auch zu rassistischen und anti-sozialstaatlichen Konsequenzen“

Interview mit Andreas Kemper, Aktivist in linken Männergruppen über den Wandel der Männerbewegung seit den 1960er Jahren.

an.schläge: Wie ist die Männerbewegung entstanden, und wie hat sie sich entwickelt?

In Europa entstand die Männerbewegung in Großbritannien Anfang der 1970er Jahre im linksradikalen Umfeld. Zunächst wurde, zusammen mit Frauen, mit Formen der Selbsthilfe und Therapie experimentiert (Red Therapy, Radical Therapy). Das trennte sich dann geschlechtsspezifisch, hieraus entwickelte sich eine Gruppierung um die Zeitschrift „Achilles Heel“. In Deutschland war es ein ähnliches Umfeld, nämlich die linksradikale Sponti-Szene. Die ersten Männergruppen bildeten sich, weil die Feministinnen ihre WG-Genossen dazu verdonnerten, aber auch im Zuge größerer politischer Aktivitäten, wie beispielsweise den Graswurzelcamps. Der Ursprung der Männerbewegung war also profeministisch, antisexistisch, linksradikal, Selbsthilfe-therapeutisch und er entwickelte sich zusammen mit der Schwulenbewegung.

In den 1980ern spaltete sich das alles ein wenig auf. Die Schwulenbewegung etablierte sich, die Kirchen und andere bürgerliche Kreise machten Männergruppen salonfähig, wodurch aber auch schon erste Unterschiede deutlich wurden. Noch immer konnte aber die gesamte Männerbewegung in Deutschland durch die linksorientierte und antisexistische Zeitschrift „Herrmann“ repräsentiert werden. Erst in den 1990ern kamen erste mythopoetische, vaterrechtliche und maskulinistische Gruppierungen auf, die in der bürgerlichen Männerbewegung zunehmend an Bedeutung gewannen. Zu diesem Zeitpunkt war die Männerbewegung bereits deutlich getrennt, es gab die linksradikale, profeministische Zeitschrift „Männerrundbrief“ aus Hamburg, später aus Münster, und den eher seichten „Moritz“ und den „Switchboard“ als Organ der bürgerlichen Männerbewegung. Mit dem Ende des „Männerrundbrief“ wurde auch das Ende der profeministischen Männergruppenszene Anfang 2000 verkündet. Seither gewinnen Maskulinisten an Bedeutung.

Zu Beginn wurden profeministische Männergruppen oftmals von Feministinnen kritisch begleitet. Besteht ohne eine solche kontinuierliche feministische „Supervision“ nicht zwangsläufig das Risiko, dass sich ein gewisser Entschuldungsdiskurs durchsetzt, der sich dann schlimmstenfalls zu der revanchistischen Opfer-Täter-Umkehrung entwickelt, wie sie derzeit bei Maskulinisten und Vaterrechtlern stattfindet?

Ja, das Risiko besteht natürlich. Ebenso wie es für weiße Antirassismus-Gruppen besteht. Man sollte hier vielleicht Selbsthilfe-therapeutische von theoretischer bzw. politisch-öffentlicher Arbeit unterscheiden. Wir gingen damals davon aus, dass negative männliche Verhaltensweisen nur therapeutisch aufgebrochen werden können. Es gab damals heftige Diskussionen um „Männerschutzräume“, nachdem die feministische Gruppe Calamity Jane in Hamburg einen Parfüm-Anschlag auf ein profeministisches Männercafe durchführte. Daher sollte Theoriefindung transparent stattfinden, in einem therapeutischen Setting ist öffentliche Transparenz jedoch eher kontraproduktiv.

Lassen sich grundsätzlich Kontinuitäten und Verbindungen zwischen linken, antisexistischen Männergruppen der 1970er und -80er und reaktionären Männerorganisationen von heute erkennen? Kann beispielsweise MRT („Männer machen Radikale Therapie“) in gewisser Weise als Vorläufer von so genannten mythopoetischen Strömungen innerhalb der Männerbewegungen betrachtet werden? Oder sind das deiner Meinung nach unterschiedliche Phänomene, die sich auch getrennt und unabhängig voneinander entwickelt haben?

Jein. Zum einen wurde MRT schon sehr früh von Maskulinisten benutzt. Andererseits ist das letzte linksradikale, profeministische Überbleibsel der Männerbewegung mit einem jährlichen MRT-Treffen verbunden. MRT ist nichts weiter als eine Technik. Wichtiger sind Fragen nach geschlechtlicher Biologisierung und Intersektionalität. Wenn sich Männer an einem Feminismus orientieren, der essenzialistisch ist und Fragen von Heterosexismus, Rassismus und Klassengesellschaft ausblendet, dann kann dies sehr schnell umschlagen, da die politische Dimension ausgeschlossen wird und es nur noch um Schuldfragen geht. Wenn ich z.B. die Klassenfrage aus der Bildungspolitik raushalte, kann ich ziemlich schnell zum Schluss kommen, dass Jungen struktu-

rell benachteiligt werden, statt zu differenzieren, welche Jungen privilegiert und welche benachteiligt werden.

Auf der Seite des Dachverbands der Schweizer Männer- und Väterorganisationen finden sich durchaus feministische Forderungen: Da ist etwa von Teilzeitarbeitsmodellen für Männer mit Kinderbetreuungspflichten und der rechtlichen Anerkennung von Sexarbeiterinnen die Rede. Täuscht der erste Blick? Oder gibt es da international signifikante Unterschiede, wie profeministisch bzw. antifeministisch sich die jeweiligen Organisationen positionieren?

Man muss hier differenzieren. Die bürgerliche Männerbewegung ist in den 1980er und -90er Jahren immer unpolitischer geworden. Es ist ein Markt entstanden für Beratungen,Therapien, Kurse. Anfang der 1990er entstanden plötzlich überall Männerbüros. Eine strukturelle Kritik an Patriarchat und Kapitalismus fand nicht mehr statt. In diesen Verbänden haben moderate feministische Forderungen genauso Platz wie vaterrechtliche. Aber es gibt leider viel zu wenige klare Abgrenzungen. Die Maskulinisten um Arne Hoffmann fahren die Politik der Vereinnahmung. Sie wollen sich als die eigentliche Männerbewegung darstellen. Hier gibt es bereits erste deutliche Distanzierungen, z.B. von Hans-Joachim Lenz. Diese Distanzierungen sind wichtig, da der Maskulinismus nach rechts offen ist – und mit rechts meine ich nicht nur die Junge Freiheit, sondern eindeutig rechtsextremistische Gruppierungen und die entsprechenden rassistischen und homophoben Einstellungen, mit denen der Maskulinismus fraternisiert, ohne dass Maskulinisten-Gurus wie Hoffmann oder Gerhard Amendt Kritik üben. Im Gegenteil, Arne Hoffmann füttert die entsprechenden Foren fleißig mit Artikeln aus der Jungen Freiheit.

Gibt es überhaupt noch profeministische Gruppen? Oder hat sich die Patriarchatskritik in linken Zusammenhängen vollständig in die akademische Kritische Männerforschung verlagert?

Profeministische Männergruppen sind in der Vergangenheit in der Linken zumeist dann entstanden, wenn es zu sexistischen Übergriffen gekommen ist. Ich kann mir vorstellen, dass es in diesem Sinn noch immer profeministische Männergruppen gibt. Ansonsten gab es ja mit Judith Butler seit Anfang der 1990er die Tendenz, die geschlechtliche binär-codierte Identität nicht mehr zu betonen, sondern zu dekonstruieren. Als ich vor wenigen Jahren in New Orleans bei der Grassroot-Organisation Common Grounds als Volunteer mitarbeitete, war ich überrascht, dass es dort selbstverständlich noch profeministische Männergruppen gab. In den Vereinigten Staaten existiert noch immer die profeministische Organisation NOMAS.

Gerhard Amendt fordert die Abschaffung der Frauenhäuser und findet damit große mediale Resonanz, der neue deutsche Kinofilm „Der entsorgte Vater" stößt auf wohlwollende Kritik und tritt eine ganze Lawine von mitfühlenden Artikeln zur Situation von Vätern los. Derzeit scheinen die Vaterrechtler gehörig Aufwind zu haben. Ist das ein Ergebnis ihrer erfolgreichen Lobbyarbeit? Und wie einflussreich sind denn deren Zusammenschlüsse?

Sie scheinen sehr erfolgreich zu sein. In Düsseldorf findet Anfang nächsten Jahres eine Männertagung statt, in der Amendt einer der Hauptreferenten ist und die in der Ankündigung sehr antifeministisch und männerorientiert klingt, fast ein wenig trotzig: „Jetzt reden wir Männer mal" – als würden Männer nicht seit tausenden von Jahren den öffentlichen Diskurs bestimmen. Ich weiß nicht, ob es an deren Lobbyarbeit liegt, sie treten in ihren Foren ja äußerst abstoßend auf und sind alles andere als diplomatisch. Sie sind eher aktiver Teil des in Deutschland sehr erfolgreichen Anti-PC-Diskurses und 68er-Bashings. Sie schwimmen da nicht nur mit, sondern sind äußerst umtriebig. Das führt dann nicht nur zu sexistischen, sondern auch zu rassistischen und anti-sozialstaatlichen Konsequenzen. Dies sollte Männerforschern wie Walter Hollstein bewusst sein, der Arne Hoffman noch immer für „einen Linken" hält.

aus: an.schläge 10/2009

Die größte Gefahr für die innere Sicherheit der USA

Vor 40 Jahren wurde die Black Panther Party gegründet

Als die beiden Studenten Huey P. Newton und Bobby Seale sich im Oktober 1966 in Oakland entschlossen, die Black Panther Party (BPP) zu gründen, deutete noch nichts darauf hin, dass der FBI-Chef J. Edgar Hoover sie zwei Jahre später einmal als die größte Gefahr für die innere Sicherheit der USA einstufen würde. Denn die ersten Monate blieben die Panthers ohne große Resonanz in den Medien und innerhalb der Black Community. Die Entstehung der Organisation ist eng verbunden mit der zunehmenden Radikalisierung der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung in den 1960er Jahren. Wie viele andere African Americans auch, wollten Huey P. Newton und Bobby Seale die alltägliche Polizeigewalt, rechtliche Diskriminierung und die Benachteiligung der schwarzen Bevölkerung nicht länger hinnehmen.

Beeinflusst von dem Bürgerrechtler Malcolm X und dessen Insistieren auf dem Recht zur Selbstverteidigung, beschafften sie sich Gewehre und drückten ihre militante Einstellung auch mit der Namensgebung ihrer Organisation als Black Panther Party for Self-Defense aus. In Kalifornien war es bis 1969 erlaubt, Gewehre öffentlich zu tragen, und die Panther nutzten diese Gesetzeslage, um Polizeipatrouillen zu begleiten und Übergriffe gegen Schwarze durch ihr energisches Auftreten zu verhindern. Die Aktivitäten der Panther umfassten aber auch die Einrichtung von Rechtsberatungen für MieterInnen und SozialhilfeempfängerInnen und die Abhaltung von Kursen zur Geschichte der Schwarzen. Die Zielsetzung der Panther hatten Huey P. Newton und Bobby Seale in ihrem "Ten-Point Program" festgelegt, nachdem sie wochenlang Zeit damit verbracht hatten, schwarze Menschen in Oakland über deren drängendste Probleme und Wünsche zu befragen. Die zehn Punkte thematisierten neben der Forderung nach Beendigung der alltäglichen Polizeigewalt elementare Bedürfnisse, deren Erfüllung innerhalb der African American Community nur unzureichend war. Insofern beinhaltete das Programm den Anspruch auf anständige Nahrungsmittelversorgung, Kleidung, angemessene Wohnungsbedingungen, und als übergeordnete Punkte Gerechtigkeit und Frieden.

Die Panther blieben zunächst eine kleine und auf Oakland begrenzte Organisation, verzeichneten allerdings im April 1967 einen geringen Mitgliederzuwachs, als sie anlässlich der Ermordung des Jugendlichen Denzil Dowell durch die Polizei eine Kundgebung abhielten. Die Panther konnten die Version der Polizei, die dem Opfer die Schuld gab, überzeugend demontieren. Dies wurde von der schwarzen Community mit großer Anerkennung honoriert und bewirkte den Beitritt von einigen hundert Personen. Nationale Aufmerksamkeit erregte die Black Panther Party am 2. Mai 1967, als in Sacramento über ein Gesetz beraten wurde, welches das öf-

fentliche Tragen von Gewehren verbieten sollte. 30 Panther marschierten an diesem Tag, angeführt von Bobby Seale, bewaffnet in das Regierungsgebäude, um dagegen zu protestieren, war doch das ostentative Gewehrtragen der Panther ein Grund dafür, dass die Polizei im Wirkungsbereich der Panther vorsichtiger agierte und Misshandlungen der schwarzen Bevölkerung nicht mehr so zahlreich vorkamen. 25 Mitglieder, unter ihnen Seale, wurden daraufhin verhaftet und mussten eine sechsmonatige Haftstrafe verbüßen. Das große Presseecho bewirkte, dass die Panther nun in den USA bekannt und als eine der militantesten Schwarzenorganisationen angesehen wurden. Innerhalb kürzester Zeit verzeichneten die Panther einen rapiden Mitgliederzuwachs, der zudem noch dadurch beschleunigt wurde, dass so prominente Schwarze wie der Publizist Eldridge Cleaver oder der frühere Vorsitzende des Student Nonviolent Coordinating Committe (SNCC) Stokely Carmichael ihren Beitritt erklärten.

Die parteieigene Zeitung The Black Panther erschien monatlich, später wöchentlich in einer Auflage von ungefähr 140.000 Exemplaren. Neben radikalen Analysen der sozialökonomischen Ausbeutung der African Americans wurde dort auch deutlich Stellung gegen den Vietnamkrieg bezogen und die massive Polizeigewalt angeprangert. Im Gegensatz zu anderen, einen schwarzen Nationalismus vertretenden Gruppierungen wie beispielsweise den von Ron Karenga geleiteten United Slaves (US) hatten die Panthers eine unorthodoxe marxistische Weltanschauung, die sich der Theorien Mao Tse-Tungs und Frantz Fanons bediente.

Obwohl die Panthers eine schwarze Organisation waren, legten sie den Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit mit anderen, auch nichtschwarzen Personen und Gruppen. In der Peace and Freedom Party (PFP), die sich energisch gegen den Vietnamkrieg engagierte, fanden sich somit weiße Liberale und Sozialisten neben Mitgliedern der Panther. Der damalige Informationsminister der Panther, Eldridge Cleaver, kandidierte für die PFP im Jahr 1968 sogar bei der Präsidentschaftswahl der USA. 1970 wurden von der Black Panther Party, die inzwischen ihren Zusatznamen for Self-Defense abgelegt hatte, da dies Huey P. Newton zu paramilitärisch klang, in verschiedenen Städten Community Centers eingerichtet, in denen gratis Frühstücksprogramme für Kinder, medizinische Versorgung, so genannte Liberation Schools, Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln sowie Rechtsberatung angeboten wurden.

Öffentliches Tragen von Waffen gegen Polizeigewalt

Dass die Panther bereits zwei Jahre nach ihrer Gründung zwischen 1.500 und 2.000 neue Mitglieder aufgenommen hatten, in 25 Städten der USA Büros, sowie in Algier und Havanna Auslandsvertretungen unterhielten, verursachte allerdings auch einige Probleme. Wurden politische Entscheidungen in der Anfangsphase noch basisdemokratisch von allen Mitgliedern gefällt, so entschied ab April 1968 ein aus den nationalen Leitern bestehendes Zentralkomitee und sorgte für die Durchsetzung der im Pantherprogramm niedergelegten Grundsätze.

Der Eintritt einiger African Americans, die sich weniger mit den inhaltlichen Zielsetzungen der Panther identifizierten als mit deren militantem Auftreten, erklärt das Insistieren der Parteiführung auf vermehrte Schulungsarbeit und der Durchsetzung von strikten Richtlinien, die den Umgang mit Waffen und Drogen betrafen. Der zunehmende Zentralismus beförderte jedoch einen Autoritarismus und Ansätze von Personenkult um Huey P. Newton, so dass der spätere Niedergang der Panther teilweise hierdurch beschleunigt wurde.

Auch der Sexismus einiger männlicher Panthermitglieder war Ziel von Kritik. Zwar wurde im Grundsatzprogramm und auch von der Pantherführung selbst Sexismus verurteilt, aber selbst wenn Frauen wie Kathleen Cleaver, Assata Shakur oder Elaine Brown zentrale Positionen innehatten (Letztere übernahm nach Huey P. Newtons Inhaftierung Anfang der 1970er den Parteivorsitz) und ungefähr die Hälfte aller Mitglieder Frauen waren, so gab es doch männliche Panthermitglieder, die offensichtlich Probleme mit Frauen in Führungspositionen hatten.

Der wachsende politische Einfluss der Black Panther Party wurde von der amerikanischen Regierung mit zunehmender Besorgnis registriert. FBI-Chef J. Edgar Hoover verstieg sich im September 1968 zu der Ansicht, dass die Black Panther die "größte Gefahr für die innere Sicherheit der USA" darstellen würden, und begann das Aufstandsbekämpfungsprogramm COINTELPRO (Counter Intelligence Programm) zu reaktivieren, das schon zur Bekämpfung der US-amerikanischen Kommunisten in den 1950er Jahren angewendet wurde.

Wie die durch den "Freedom of Information Act" freigegebenen internen FBI-Dokumente belegen, war erklärtes Ziel des COINTELPRO, die Panther zu "spalten, schwächen und zu besiegen". Es wurde versucht, dies mit allen Mitteln zu erreichen. Neben dem Abhören von Sitzungen beinhaltete es weitere illegale Aktionen, wie das Fingieren von Anklagen, um Führungskader Haftstrafen verbüßen lassen zu können, den Einsatz von Undercover-Agenten und in über 20 Fällen Mord.

Mit Anti-Kommunistengesetz gegen die Black Panther

Durch die zahlreichen Undercover-Agenten, die nach vorsichtigen Schätzungen einiger Historiker Ende der 1960er bis zu zehn Prozent der Gesamtmitgliederzahl betrug, sah sich die Führungsriege um Huey P. Newton Anfang 1969 gezwungen, einen kurzzeitigen

Aufnahmestopp zu verkünden. Die Omnipräsenz der Polizeispitzel ermöglichte dem FBI eine detaillierte Kenntnis der internen Parteistruktur und es nutzte diese für vielfältige Formen der Sabotage. Gleichzeitig entstand innerhalb der Panther ein Klima der Paranoia, weil nie genau klar war, wer nun Undercover-Agent war oder nicht. Beispielsweise fälschten FBI-Mitarbeiter einen Brief, in dem der Eindruck erweckt wurde, dass Führungsmitglied Stokely Carmichael ein Informant der Bundesbehörde sei. Carmichael musste viel Energie und Zeit aufwenden, um die Gegenstandslosigkeit der Anschuldigungen zu erweisen.

In Chicago arbeitete das FBI 1969 mit allen Mitteln daran, die so genannte Rainbow-Coalition zu verhindern. Diese war ein erfolgreicher Versuch des Pantherführers Fred Hampton, zusammen mit anderen radikalen Asian-American- und Chicano-Gruppen eine gemeinsame Plattform zu organisieren. Die durch Hamptons erfolgreiche Agitationsarbeit bevorstehende Fusion mit den Black Stone Rangers, einer ca. 5.000 Mitglieder starken Jugendgang, hätte zudem die Größe der Black Panther Party auf einen Schlag fast verdoppelt. Das FBI beauftragte daraufhin ein Polizeikommando, das am 4. Dezember desselben Jahres in einer nächtlichen Aktion Hamptons Haus stürmte und den schlafenden Fred Hampton sowie den ebenfalls anwesenden Panther Mark Clark erschoss. Erst nach jahrelangem Prozessieren wurde 1982 ein Gerichtsurteil gefällt, in welchem die Polizei für schuldig befunden wurde, "gegen die Bürgerrechte" der beiden Ermordeten verstoßen zu haben, und der Bundesstaat Illinois somit zu einer Geldstrafe von 1,5 Millionen Dollar verurteilt wurde.

Das COINTELPRO versuchte außerdem, innerparteiliche Spannungen auszunutzen und durch das Kolportieren von Gerüchten zu verstärken. Anfang der 1970er Jahre gab es einen Bruch zwischen den an der Westküste befindlichen Panthern um Huey P. Newton und der Fraktion in New York. Letztere lehnte sich inhaltlich an den inzwischen im algerischen Exil lebenden BPP-Informationsminister Eldridge Cleaver an. Die Leute um Cleaver plädierten dafür, in den Untergrund zu gehen und den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Bedingt war diese inhaltliche Ausrichtung der New Yorker Fraktion nicht zuletzt dadurch, dass 21 Mitglieder, die so genannten "New York 21", unter der Anklage, ein Warenhausattentat geplant zu haben, 1970 verhaftet wurden. Die eindeutigen Indizien für ihre Unschuld führten 1971 zur Freilassung. Der Prozess verstärkte jedoch bei einigen Angeklagten die Überzeugung, dass angesichts der staatlichen Repression eine legale politische Arbeit in den USA nicht mehr möglich sei.

Huey P. Newton und seine Anhänger in der Parteiführung waren hingegen der Auffassung, dass die Black Panther Party verstärkt Community Centers eröffnen sollte, als die aussichtslose bewaffnete Konfrontation mit der Staatsmacht zu forcieren. Der interne Dissens war im März 1971 schließlich so groß, dass die New Yorker Panther mit Cleaver durch Huey P.Newton ausgeschlossen wurden.

Massiv forciert wurde die Spaltung der Partei jedoch vom FBI. Ein Special Agent, der mit der Observation des New Yorker Panther Büros beauftragt war, berichtete in einem geheimen Schreiben an Hoover, "dass die Spaltung, die in den höheren Rängen der BPP-Führungsspitze stattgefunden hat, nämlich die Trennung Newtons von Cleaver, sowie der Ausschluss der ‚Panther 21` aus der BPP als Beweis dafür verwendet werden kann, dass die Aufstandsbekämpfungsbemühungen des New York Office einige Früchte getragen haben."

Polizeispitzel unterwanderten die Organisation

Der Historiker Ward Churchill zieht in seiner Untersuchung der Auswirkungen des COINTELPRO auf die Black Panther Party die Bilanz, dass "Ende 1969 mindestens 30 Panthern im Gefängnis die Todesstrafe und 40 lebenslange Haft drohte, 55 Panther sahen Gefängnisstrafen von 30 Jahren oder mehr entgegen und 155 waren infolge von fabrizierten Anklagen gezwungen, in den Untergrund zu gehen oder zu exilieren."

Die Black Panther Party war somit 1971 in ihrer ursprünglichen Form zerstört, hielt sich aber noch einige Jahre in Oakland am Leben, wo Bobby Seale 1973 knapp das Bürgermeisteramt verfehlte und 1977 mit den anderen Panthern maßgeblich daran beteiligt war, dass Lionel Wilson zum ersten schwarzen Bürgermeister Oaklands gewählt wurde. Dort wurden auch die Community Centers weiterhin betrieben und dies teilweise so erfolgreich, dass die Liberation School eine Auszeichnung der Stadt für herausragende pädagogische Leistungen erhielt. Da die Black Panther Party im Laufe der Jahre, bedingt durch die Auswirkungen des COINTELPRO, sehr geschwächt war und über den lokalen Rahmen hinaus nicht länger politisch wirksam werden konnte, löste sie sich 1982 offiziell auf.

aus ak Nr. 510 / 20.10.2006

Heißer Sommer und keine kühlen Getränke

Die „Septemberstreiks“ von 1969 und ihre Folgen

Knapp vier Wochen vor der Bundestagswahl am 28. September 1969 begann in Dortmund die bis dato größte Welle wilder Streiks in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Kampfformen und egalitären Forderungen, die 1969 erstmals öffentlich sichtbar wurden, prägten die Arbeitskämpfe der frühen 1970er Jahre. Unbeabsichtigt beeinflussten die „Septemberstreiks“ auch die Sinnsuche der In den Vorjahren politisierten Studierenden. Sie beflügelten Hoffnungen auf ein Bündnis mit der Arbeiterklasse. Zahlreiche Teilnehmerinnen der antiautoritären Revolte heuerten in bundesdeutschen Industrieunternehmen an, um dort das Proletariat zu bewegen, den Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen.

Am 2. September 1969 ging ein Demonstrationszug durch die Westfalenhütte, eine von drei Werksteilen der Dortmunder Hoesch AG. Mehrere tausend Stahlarbeiterinnen protestierten gegen Liberstunden und hohe Arbeitsbelastung und forderten eine außertarifliche Lohnerhöhung von 20 Pfennig. Die IG Metall hatte mit diesem Protestumzug nichts zu tun.

Bei Hoesch verband sich der Unmut darüber, dass der plötzliche Boom der Stahlindustrie nur mehr Arbeit, nicht aber mehr Geld brachte, mit spezifischen Problemen im Unternehmen (etwa die zwischen den Werksteilen bestehenden Lohnunterschiede oder die Weigerung der Werksleitung, in den ungewöhnlich heißen Sommermonaten 1969 kühle Getränke bereit zu stellen) zu einem explosiven Gemisch. Als die Geschäftsleitung die Forderung ablehnte und stattdessen nur 15 Pfennig anbot, legten die Kolleginnen der Westfalenhütte spontan die Arbeit nieder und versammelten sich vor dem Gebäude der Hauptverwaltung. Sie forderten nun 30 Pfennig mehr pro Stunde. Mit Hilfe eines gekaperten Wagens der Werksfeuerwehr, der kurzerhand zum Lautsprecherwagen umfunktioniert wurde, machten sie ihrem Ärger Luft.

Den ganzen Tag diskutierten Streikende am offenen Mikrofon des Feuerwehrwagens den weiteren Fortgang der Arbeitsniederlegung. Den unbeliebten Konzerchef Friedrich Harders knüpften sie symbolisch vor dem Hauptgebäude auf; die Verkaufsständer der Bild-Zeitung, die schlecht über den Streik berichtet hatte, schlugen sie kaputt. Am nächsten Tag demonstrierten an die zehntausend Stahlarbeiterinnen im Blaumann durch die Dortmunder Innenstadt. Schon am Nachmittag wurde ihre Forderung nach 30 Pfennig Lohnerhöhung erfüllt. Unter den Gesängen von „So ein Tag, so wunderschön wie heute“ nahmen sie die Arbeit wieder auf.

Der Erfolg der Hoesch-ArbeiterInnen löste einen kleinen Flächenbrand aus. Innerhalb von weniger als drei Wochen legten mindestens 140.000 Beschäftigte in etwa 70 Betrieben ohne Zutun der Gewerkschaft die Arbeit nieder und forderten zumeist lineare (d.h. nicht prozentuale) Lohnerhöhungen zwischen 30 und 70 Pfennig. Eine solche offene spontane Streikwelle hatte es in der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Der Zeitpunkt für die Aktionen war günstig: Wenige Wochen vor der Bundestagswahl taten die Wahlkämpferinnen aller Parteien ihr Möglichstes, die Lage zu entschärfen, und forderten die Unternehmen auf, den Streikenden entgegen zu kommen. In den allermeisten Fällen konnten die geforderten Lohnerhöhungen binnen kürzester Zeit durchgesetzt werden.

So ein Tag, so wunderschön wie heute...

Im Unterschied zu den Protagonistinnen des Streiks sahen die Unternehmerinnen Parallelen zu den Ereignissen in den Nachbarländern. In Frankreich hatte im Mai 1968 ein Generalstreik das Land mehrere Wochen lang im Ausnahmezustand gehalten; in Italien gipfelte eine Kette heftiger Fabrikkämpfe im Heißen Herbst von 1969. Dass nun auch in

Deutschland wild gestreikt wurde, löste einige Unruhe im Unternehmerlager aus. Die FAZ appellierte angstvoll an die Gewerkschaften, die Wünsche und Absichten der Arbeitnehmerinnen zu ergründen und deren Bindung an die Großorganisationen zu stärken. Denn: „Nur wenn sich die Arbeitnehmer mit ihnen identifizieren, behalten sie das Heft in kritischer Situation in der Hand.“ (FAZ, 16.9.1969) So ließen sich selbst Betriebe, die nicht von den Streiks betroffen waren, zu außerplanmäßigen Lohnerhöhungen hinreißen. Unter dem Eindruck der Ereignisse handelten die Gewerkschaften in zahlreichen Branchen vorzeitige Tarifverträge aus. Etwa acht Millionen Beschäftigte kamen in den Genuss unerwarteter Zusatzzahlungen.

Die Streiks von 1969 fielen in eine Zeit des neuerlichen wirtschaftlichen Aufschwungs, dem seinerseits ein weltweites Stottern der Wirtschaft vorausgegangen war. Die „kleine Krise“ von

1966/67 war das Vorbeben zur Weltwirtschaftskrise Anfang der 1970er Jahre. Zahlreiche Unternehmen hatten mit Drosselung der Produktion und Entlassungen reagiert. Erstmals nach Kriegsende kehrte die Arbeitslosigkeit in die Bundesrepublik zurück. Im Februar 1967 erreichte die Arbeitslosenquote mit 3,1 Prozent (673.000 Personen) einen bis dahin ungekannten Höchststand.

Die Unternehmen nutzten die Situation für eine „Reinigungskur". Sie steigerten die Arbeitsintensität und strichen betriebliche Sonderleistungen. Diese machten Mitte der 1960er Jahre einen nicht zu unterschätzenden Anteil an den Löhnen vor allem in der Metallindustrie aus. In den Wirtschaftswunderjahren waren sie – von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt – durch lokale Kurzstreiks in vielen Unternehmen als Ergänzungen zu den offiziellen Tarifabschlüssen „nachverhandelt" worden. Trafen die Entlassungen noch im besonderen Maße die schlechter gestellten Arbeiterschichten, vor allem Gastarbeiterinnen, aber auch Frauen, An- und Ungelernte, so gingen die Prämienkürzungen und Verschärfungen des Arbeitstempos ebenso zu Lasten der deutschen Facharbeiter.

Die Gewerkschaften reagierten auf diese Entwicklung nicht mit verschärfter Gegenwehr, sondern mit dem Beitritt zur Konzertierten Aktion von Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD). Zur Überwindung der Rezession verständigten sich dort Vertreter des Arbeitgeberlagers, der Regierung und Gewerkschafterinnen auf „maßvolle Tarifabschlüsse". Die IG Metall etwa akzeptierte von Oktober 1967 bis März 1968 eine Nullrunde. Auch Ende Mai 1968, auf dem Höhepunkt der bundesdeutschen Notstandsproteste und des Generalstreiks in Frankreich, schloss die Metall-Gewerkschaft einen Tarifvertrag ab, der die von der Regierung für „objektiv" vertretbar erklärten Spielräume unterschritt. Nach Abzug der Inflation bedeutete er reale Einkommensverluste für die in der Metallindustrie Beschäftigten. Und nicht nur das: Die langen Laufzeiten der Verträge bewirkten, dass das auch so blieb, als die Gewinne bereits wieder kräftig in die Höhe kletterten.

In dieser Situation wirkte der Streik bei Hoesch wie ein Startsignal. Zahlreiche Belegschaften erinnerten sich an die erfolgreichen Nachverhandlungen vergangener Jahre und taten es – erst im Ruhrgebiet, dann auch im Saarland, in Bremen und Kiel – ihren Dortmunder Kolleginnen gleich. Die meisten konnten die Erfolge der Hoesch-Belegschaft wiederholen oder noch überbieten. Als die Ausstände in der Stahl- und Metallindustrie und im Bergbau vorbei waren, kam es noch zu einigen Arbeitskämpfen in der Textilindustrie und im öffentlichen Dienst.

Die Festgeldforderungen vom September 1969, die in gleicher Höhe für alle galten, waren in der offiziellen westdeutschen Tariflandschaft ein Novum. In den wilden Streiks der Vorjahre waren sie dagegen schon lange vertreten, wie Peter Birke in einer sehr informativen Studie („Wilde Streiks im Wirtschaftswunder") gezeigt hat. Nicht nur die Forderungen brachen mit den tarifpolitischen Traditionen der Bundesrepublik. Auch die Aktionsformen waren ungewohnt. Von einzelnen Abteilungen ausgehende Streikumzüge, mit denen zögerliche Kolleginnen von der Arbeitsniederlegung überzeugt wurden, selbstgemalte Schilder und spontan vereinbarte Forderungen bestimmten das Bild. Auch Betriebsbesetzungen und Blockaden der Werkstore gehörten zum Repertoire der Streikenden, manchmal sogar die Verpfändung teurer Arbeitsgeräte (wie des Hochofens in der Bremer Klöckner Hütte) oder die Stürmung der Verwaltungsgebäude. Und die Arbeiterinnen überließen die Verhandlungen nicht allein den „Zuständigen". Wo es zu Widersprüchen zwischen Streikenden und ihren Vertreterinnen in Gewerkschaft und Betriebsrat kam, entstanden improvisierte Streikleitungen und -Versammlungen. Das offene Mikrofon war ebenso neu wie charakteristisch für zahlreiche Streiks im September 1969.

Festgeldforderungen und offenes Mikro

Diese Methoden erinnerten an Kampfformen der Arbeiterinnen in Frankreich und Italien, die im großen Stil den Rahmen geregelter Lohnverhandlungen gesprengt haben, aber auch an manche Aktionen der Studentinnen: Dass die inoffiziellen betrieblichen Kämpfe nun in aller Öffentlichkeit ausgetragen wurden, war ein Angriff auf die Autorität der betrieblichen Vorgesetzten wie auch der gewerkschaftlichen Vertreterinnen.

Die Streiks waren vom „antiautoritären Geist" von 1968 geprägt. Zeitgenössischen Streikberichten ist jedenfalls die Freude darüber, die betrieblichen Machtverhältnisse einmal umgekehrt zu haben, deutlich anzumerken. So erzählt ein Bremer Arbeiter über den Streik in der Klöckner Hütte: „Da hat unser Chef angerufen und der wollte dann auch noch ‚n paar Befehle rausgeben, das und das und so und so, und dann hat ihm ein Kollege Bescheid gesagt, dass er absolut gar nichts zu sagen hätte hier zur Zeit: das Sagen hätten wir jetzt, und er könnte höchstens drum bitten. Und dann hat er eben drum gebeten, doch zumindest die Kesselwagen nach'm Kraftwerk durchzulassen, (...) und dann haben wir ihm das genehmigt." (Politikon Nr. 34) Und ein anderer konstatiert: „Man merkte, dass die Vorgesetzten einen Kopf kleiner waren."

Diese freche Haltung gegenüber Direktorinnen und Betriebsleitung elektrisierte die Studierenden, die genau wie der Rest der Öffentlichkeit von den Streiks überrascht waren. An einigen Orten unternahmen SDS-Gruppen den Versuch, sich mit den Arbeiterinnen zu solidarisieren. Oft trafen sie auf Ablehnung; es gibt sogar Berichte, nach denen Streikende den angereisten Studentinnen Schläge androhten. Anderseits, so berichten Teilnehmerinnen der studentischen Reisegruppen, hätten viele Arbeiterinnen die mitgebrachten Flugblätter gelobt und seien zu Diskussionen bereit gewesen. Nur wollten sie sich nicht instrumentalisieren lassen, schon gar nicht von ihren künftigen Vorgesetzten.

Tausche Seminarstuhl gegen Werkbank

Im September 1969 stritten die Aktiven im SDS schon monatelang über die Konsequenzen, die aus dem Zerfall der antiautoritären Bewegung von 1968 zu ziehen seien. Eine einflussreiche Les-

art der Vorjahresereignisse machte das misslungene Bündnis mit der Arbeiterklasse für das Stocken der Proteste verantwortlich. Die Septemberstreiks schienen den Hoffnungen auf ein Bündnis mit dem Proletariat Recht zu geben. An vielen Orten diskutierten Nachfolgegruppen des SDS nun Möglichkeiten einer „organisierten Betriebsarbeit". In den Folgejahren tauschten einige tausend An hängerInnen der Studentenbewegung den Seminarstuhl gegen die Werkbank ein. Sie heuerten in den großen westdeutschen Industrieunternehmen an, um „am Band" „die Kollegen" von der Notwendigkeil einer Revolution zu überzeugen. Dieses Erbe von 1968 ist heute weitgehend aus dem öffentlichen Gedächtnis verschwunden. Dabei hatte die linke „Fabrik-Intervention" durchaus ihren Anteil an den Arbeitskämpfen der Folgejahre.

In den Betrieben läuteten die Septemberstreiks einen Kampfzyklus ein, der in der Geschichte der Bundesrepublik bislang ohnegleichen ist. In den Jahren bis 1973 boomten wilde Streiks, und vor allem migrantische Arbeiterinnen machten als Protagonistinnen dieser Kämpfe von sich Reden. Das Brodeln an der betrieblichen Basis zwang die Gewerkschaften zu einer offensiven Tarifpolitik. Nie wurden so große Reallohnerhöhungen durchgesetzt, wie in den Jahren nach 1969. Erst nach dem Streikjahr 1973 und der gewaltsamen Beendigung des Fordstreiks in Köln kehrte langsam wieder Ruhe in den Unternehmen ein.

Die Bundestagswahl, die auf die Septemberstreiks von 1969 folgte, gewann übrigens die SPD – zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik.

Jan Ole Arps, ak 542

Linke Bewegung und soziale Kämpfe

Die Linke ist auf etwaige Krisenproteste unverändert schlecht vorbereitet

Geht es um praktische Kriseninterventionen, ist ein gewisser Hang zum Abstinenzlerischen unübersehbar: Im Zentrum der Debatte stehen gemeinhin programmatische und bündnistaktische Erwägungen. Demgegenüber spielt die Frage, unter welchen Bedingungen es überhaupt zu Widerständigkelten bzw. sozialen Kämpfen kommt, eine eher marginale Rolle. Es ist also kaum verwunderlich, dass die allenthalben artikulierte Forderung nach lokalen Krisenbündnissen immer wieder im bloßen Appell stecken bleibt: Nicht zuletzt die konkrete Bestimmung, wie sich soziale Bewegungen in betriebliche und andere Auseinandersetzungen einbringen könnten, wird häufig nur am Rande gestreift.

Exemplarisch lässt sich dies anhand dreier Debattenbeiträge aus der jüngeren Zeit verdeutlichen: Unter dem Titel „Agenda 2009: Menschen statt Profite" haben im Anschluss an die Krisendemonstrationen am 28. März diverse (in unterschiedlichen Organisationen und Bündnissen aktive) Einzelpersonen sowie die Gruppe soziale Kämpfe den Versuch einer strategischen Standortbestimmung unternommen (vgl. ak 539).

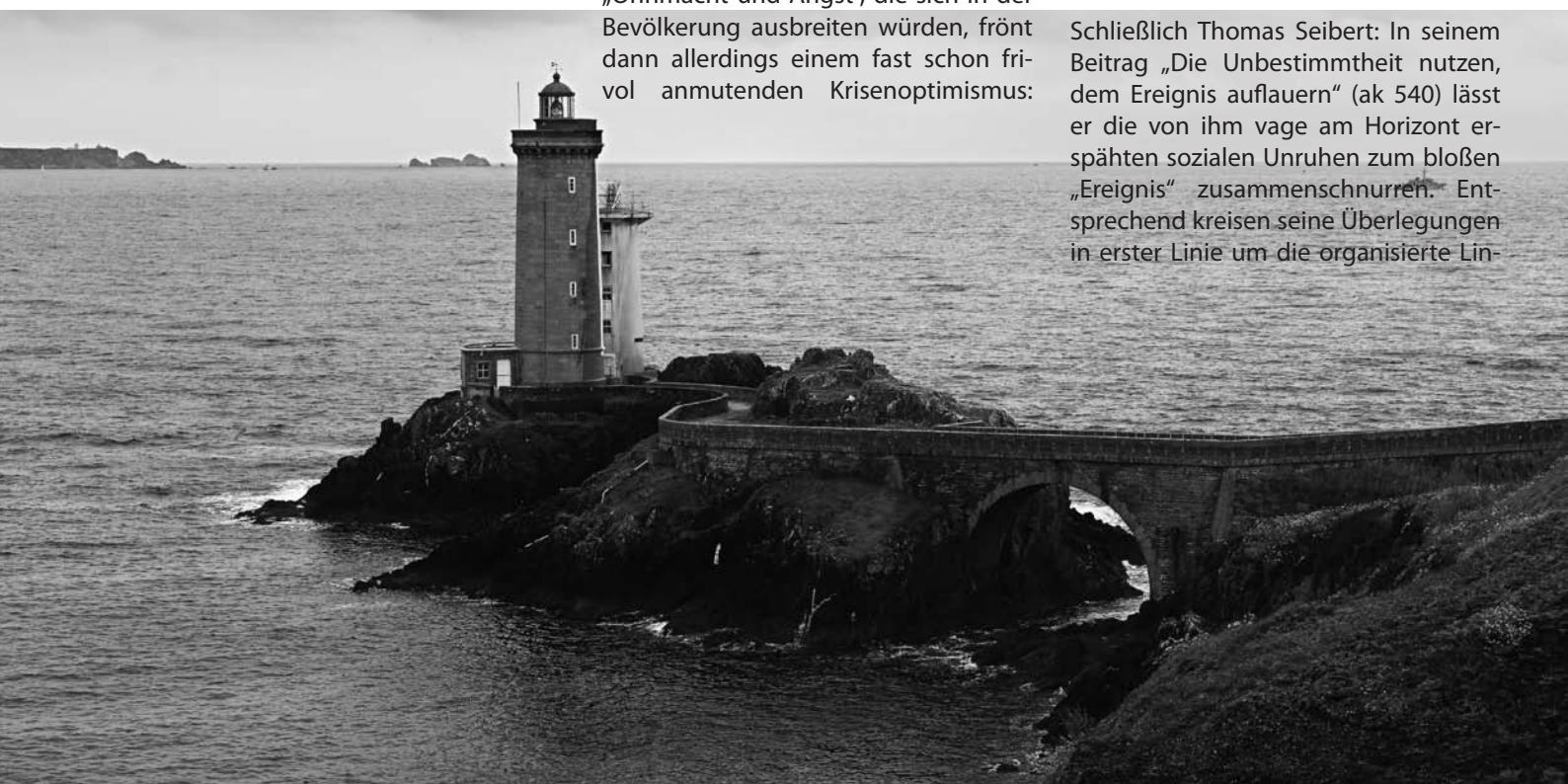
Große Teile des Papieres beschäftigen sich mit der Analyse des herrschenden Krisenmanagements sowie der Formulierung programmatischer Gegenperspektiven. Wie indessen die ins Auge gefasste „Widerstandsagenda" realisiert werden soll – inklusive politischem Streik, ja Generalstreik – bleibt ungeklärt. Gewiss, am Ende des Beitrages werden stichwortartig Termin- und Aktionsvorschläge unterbreitet, dennoch fehlt eine – wie auch immer sie ausfallen mag – vorläufige Analyse aktueller Kräfteverhältnisse, also auch eine Auseinandersetzung mit den Konsequenzen jener zahlreichen Niederlagen, die nicht nur das globale Proletariat, sondern auch soziale Bewegungen in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten erlitten haben.

Hintergrund dieses Mankos dürfte die mittlerweile hinreichend erschütterte Annahme sein, wonach die Finanz- bzw. Wirtschaftskrise zugleich eine grundlegende Legitimitätskrise des Kapitalismus hervorgebracht und somit quasi automatisch (sic!) ein Fensterchen für emanzipatorische Politiken geöffnet habe.

Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Diskussionsbeitrag „Wie weiter nach dem 28. März?", den Angela Klein für die Aktionskonferenz in Kassel am 27./28. Juni verfasst hat: Sie spricht zwar von „Ohnmacht und Angst", die sich in der Bevölkerung ausbreiten würden, frönt dann allerdings einem fast schon frivol anmutenden Krisenoptimismus: „Gleichzeitig – und das ist kein Widerspruch – weist die Stimmungslage eine Tendenz zur Radikalisierung auf; es geht die Rede vom Generalstreik; es gibt erste, wenn auch kurzzeitige Betriebsbesetzungen; es gibt an verschiedenen Orten Kämpfe, die den Willen ausdrücken, trotz Krise den eigenen Lebensstandard zu behaupten."

Soziale Kämpfe in der Rückschau

Kurzum: Auch bei Angela Klein sind keine Antworten auf die Frage zu finden, wie soziale Kämpfe – ob mit oder ohne linke Beteiligung – zu ihrer vormaligen Stärke zurückfinden könnten. Denn auch sie scheint Krise und Widerständigkeit umstandslos kurzzuschließen – ohne systematische Analyse jener Bedingungen, die gegeben sein müssen, damit Proteste überhaupt zustande kommen und eine ernsthafte, in der Breite verankerte Eigendynamik entfalten können.



Schließlich Thomas Seibert: In seinem Beitrag „Die Unbestimmtheit nutzen, dem Ereignis auflauern" (ak 540) lässt er die von ihm vage am Horizont erspähten sozialen Unruhen zum bloßen „Ereignis" zusammenschnurren. Entsprechend kreisen seine Überlegungen in erster Linie um die organisierte Lin-

ke, also jenes Spektrum zwischen Linkspartei, linken GewerkschafterInnen, attac und radikaler Linke. Vieles davon ist grundlegend, insbesondere die von Thomas Seibert schon seit Längerem propagierte Devise, dass Kooperation in Bündnissen die prinzipielle Bereitschaft voraussetze, den jeweiligen BündnispartnerInnen ihre Eigenständigkeit zu belassen. Allein: Eine „Strategie- und Organisationsdebatte" – wie sie Thomas Seibert vorschlägt – lässt Entscheidendes außen vor, wenn sie den Graben zwischen organisierter Linker und „durchschnittlicher" Bevölkerung zu groß werden lässt und wenn sie obendrein nicht darzulegen vermag, wie die organisierte Linke ohne (krypto-)leninistische Allüren in betrieblichen und anderen Konflikten aktiv werden könnte.

Protest und offensiver Widerstand sind keine Selbstläufer, sie können nicht kurzerhand aus objektiven Makro-Daten wie massenhaften Betriebsschließungen oder Reallohnverlusten abgeleitet werden. Wer so argumentiert, projiziert eigene Gerechtigkeitsvorstellungen in den gesellschaftlichen Raum, und das mit der Konsequenz, dass unerklärlich wird, weshalb konflikthafte, ja militante Kampfzyklen immer wieder von defensiven, zeitlich oft lange andauernden Phasen unterbrochen werden, in denen soziale Kämpfe merklich zurückgehen bzw. ihren Charakter ändern und allenfalls unter der Oberfläche – meist als individuelle Überlebensstrategien – weiterbrodeln.

Vor diesem Hintergrund liegt es nahe, zunächst einmal der Frage nachzugehen, unter welchen Voraussetzungen es in Schwellen- und Industrieländern seitens der subalternen – politisch nicht weitergehend organisierten – Klassen überhaupt zu offensiven Widerständigkeiten kommt. Das ist einerseits schwierig, da jeder Streik oder Konflikt eine hochgradig individuelle Angelegenheit darstellt – insofern ist die etwaige Reichweite bzw. Plausibilität der hier zusammengetragenen „Faktoren" von Fall zu Fall neu zu bewerten. Andererseits blickt die gesellschaftliche Linke im Feld sozialer (Klassen-)Kämpfe auf eine derart lange und durchaus erfolgreiche Geschichte zurück, dass es geradezu sträflich wäre, die darin schlummernden Einsichten nicht für aktuelle Kämpfe fruchtbar zu machen.

a)Existenzieller Druck und kollabierende Routinen: In ihrem Klassiker „Aufstand der Armen" (original: 1977) entwerfen die US-Theoretikerinnen Frances Piven und Richard Cloward eine Art Drehbuch sozialer Kämpfe – expliziert anhand der US-Arbeitslosen – und Arbeiterinnenbewegungen in den 1930er Jahren sowie der schwarzen Bürgerrechtsbewegung und der ebenfalls überwiegend schwarzen Bewegung der WohlfahrtsempfängerInnen seit den 1950er Jahren. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist ein zweifacher: Einerseits stünde am Anfang jeder größeren Protestwelle existenzieller Druck, beispielsweise durch plötzliche Not oder enttäuschte Erwartungen. Andererseits bedürfe es des Zusammenbruchs der regulativen Kräfte einer Gesellschaft – quasi als Voraussetzung dafür, dass die Betroffenen überhaupt auf die Barrikaden gingen.

Konkreter: Sozioökonomische Einbrüche fielen bisweilen derart einschneidend aus, dass die herkömmlichen Strukturen und Abläufe des Alltagslebens und somit auch die loyale Anbindung der Menschen an die herrschende Sozialordnung kollabieren würden. Tiefenschärfe gewinnt dieses Szenario freilich erst, wenn der nebulös anmutende Terminus des „existenziellen Drucks" konkretisiert wird. Denn die diesbezügliche Bandbreite ist – wie bereits angedeutet – beträchtlich, auch wenn umgekehrt nie aus dem Blick geraten sollte, dass sich die unterschiedlichen Dimensionen oftmals ergänzen bzw. überlappen:

Erstens: Historisch am relevantesten – jedenfalls bis zum Zweiten Weltkrieg – dürfte die Erfahrung plötzlicher sozialer Deklassierung gewesen sein. Was das konkret heißt, ist heutzutage immer dann zu erleben, wenn mehr oder weniger unerwartet Massenentlassungen bzw. Betriebsschließungen bekannt gegeben werden. So haben entsprechende Entscheidungen – um nur drei Beispiele zu nennen – 2004 bei Opel in Bochum, 2005 im AEG-Werk in Nürnberg und 2007 bei Bike-Systems in Nordhausen jeweils spontan wilde Streiks bzw. de-facto-Betriebsbesetzungen nach sich gezogen.

Dissidenz als kollektiver Lernprozess

Noch dramatischer ist die Situation, wenn ganze Branchen abgewickelt werden sollen: Erinnert sei nur an den einjährigen – streckenweise bürgerkriegsartigen – Bergarbeiterstreik 1984/85 in Großbritannien, der jedoch den tatsächlich erfolgten Abbau von 580 000 Arbeitsplätzen im Bergbau nicht aufzuhalten vermochte. Am nachhaltigsten hat sich – das ist in der aktuellen Krisenberichterstattung einmal mehr deutlich geworden – die Weltwirtschaftskrise in den frühen 1930er Jahren ins kollektive Gedächtnis eingebrannt: 1933 war zum Beispiel in den USA ein Drittel der Erwerbsbevölkerung arbeitslos, zugleich sank das gesamte Lohneinkommen zwischen 1929 und 1933 von 51 auf 26 Milliarden US-Dollar. Umgekehrt ist dies, so Francis Piven und Richard Clowen, zwischen 1933 und 1937 mit einer für US-Verhältnisse ebenso unbekannten wie erfolgreichen Massenmilitanz größerer Teile der Arbeiterbewegung einhergegangen.

Zweitens: Eine völlig anders gelagerte Dynamik ergibt sich aus dem Phänomen enttäuschter Erwartungen – auch

bekannt als „relative Deprivation“: Häufig zitiertes Beispiel sind die jungen, aus dem agrarisch geprägten Süditalien in die norditalienischen Industriezentren migrierten MassenarbeiterInnen, die seit den frühen 1960er Jahren vor allem deshalb auf den Putz gehauen haben, weil ihre ursprünglichen Aufstiegserwartungen in nahezu keiner Hinsicht aufgegangen sind.

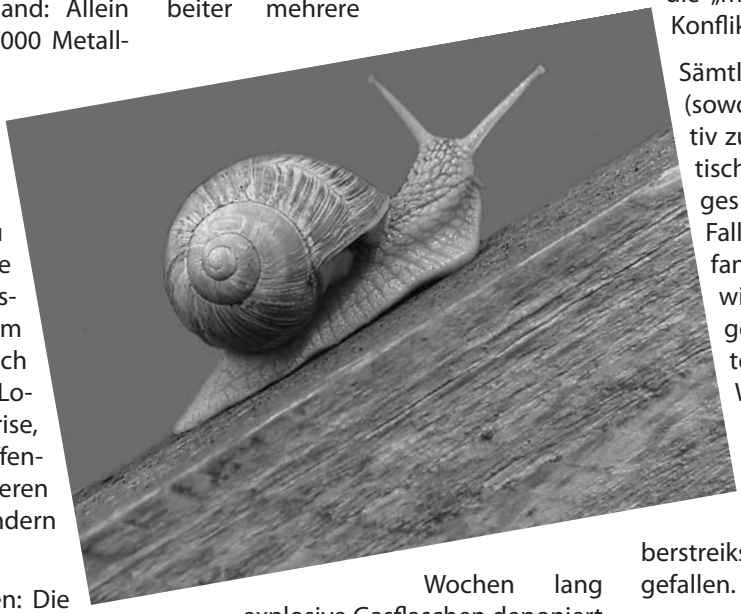
Ganz ähnlich in Deutschland: Allein im August 1973 legten 80 000 MetallarbeiterInnen in wilden Streiks ihre Arbeit nieder. Ihnen waren die seitens der IG Metall ausgehandelten Lohnerhöhungen von 8,5 Prozent schlichtweg zu niedrig – jedenfalls im Lichte der damaligen Teuerungsrate. Spätestens vor diesem Hintergrund dürfte deutlich werden, dass Routinen und Loyalitäten nicht nur in der Krise, sondern auch im Zuge offensiver Streikzyklen kollabieren bzw. ihre Ausrichtung ändern können.

Drittens, zurück nach Italien: Die Kritik der MassenarbeiterInnen richtete sich nicht zuletzt gegen das despotische Fabrikregime – ein Umstand, der sich im Laufe der 1960er Jahre bei vielen von ihnen zu einer grundsätzlichen Kritik kapitalistischer Lohnarbeit zuspitzen sollte. Wichtig ist jener Umstand insofern, als hohe Bandgeschwindigkeiten, schlechter Gesundheitsschutz, verweigerte Mitbestimmung etc. schon lange wichtige Auslöser defensiver wie offensiver Arbeitskämpfe darstellen.

So streikten die ArbeiterInnen in den USA Anfang der 1930er Jahre zunächst einmal für das Recht, überhaupt betriebliche Vertretungsstrukturen bilden und offiziell mit den Unternehmen (Tarif-) Verhandlungen führen zu können; in den 1960er Jahren setzten sich FordarbeiterInnen in Köln für eine stündliche Band- bzw. Akkordpause ein; und der Besetzung der berühmten Kachelfabrik Zanon 2001 in Argentinien ist – gleichsam als erste gemeinsame Kraftprobe – ein neuntägiger Streik für besseren Arbeits- und Gesundheitsschutz im März 2000 vorausgegangen.

Massenmilitanz und externe Solidarität

Viertens: Der Kampf um die eigene Würde ist ein Beweggrund, der in vielen Auseinandersetzungen eine mehr oder weniger tragende Rolle spielt – darauf hat auch der Betriebsratschef von New-Fabris unmissverständlich aufmerksam gemacht, jener Autozuliefererfirma in Frankreich, in der streikende Arbeiter mehrere



Wochen lang explosive Gasflaschen deponiert hatten: „Wir stehen vor dem Elend (...) Wir sollten uns nicht wegwerfen lassen wie Dreck. Wir müssen gegen all diese Entlassungen in Frankreich und in anderen europäischen Ländern kämpfen.“

b) Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte: Das Moment der Würde verweist auf einen elementaren Sachverhalt: Der Druck mag noch so groß sein, zu Widerständigkeit und Protest kommt es erst, wenn die diesbezüglichen Erfahrungen als ungerecht interpretiert bzw. empfunden werden. Das aber ist keineswegs selbstverständlich, sind doch die gesellschaftlichen Akteurinnen – bei aller Bereitschaft zur Rebellion – den herrschenden Verhältnissen zunächst einmal in habitueller, d.h. kognitiver, normativer und affektiver Hinsicht mehr oder weniger weitgehend verpflichtet.

Es ist insofern kaum verwunderlich, dass dieser ebenso simple wie grundlegende Sachverhalt linke TheoretikerInnen schon immer beschäftigt hat – wichtige Schlagworte lauten etwa „Ideologie als notwendig falsches Bewusstsein“ (Marx/Engels), „verdinglichtes Bewusstsein“ (Lukácz), „autoritärer Charakter“ (Adorno), „spontaner Konsens, Alltagsverstand und kulturelle Hegemonie“ (Gramsci), „sense of one‘s own place“ (Bourdieu) etc. Kurzum: Wer auf Krisenproteste setzt, sollte nicht nur Bankenzusammenbrüche und Exportdaten in Augenschein nehmen«, sondern auch die „moralische Grammatik sozialer Konflikte“ (Axel Honneth).

Sämtliche Erfahrungen zeigen, dass (sowohl persönlich als auch kollektiv zu realisierende) Prozesse praktischer Dissidenz ein schwerfälliges und langwieriges – auf jeden Fall kein automatisches – Unterfangen sind: In den USA hat es, wie gesagt, drei bis fünf Jahre gebraucht, bis sich die ArbeiterInnen gegen die Folgen der Weltwirtschaftskrise massenhaft zur Wehr gesetzt haben. Genauso wenig sind in Italien und Deutschland der „heiße Herbst“ bzw. die „Septemberstreiks“ im Jahr 1969 vom Himmel gefallen.

Vorausgegangen waren vielmehr – als eine Art Inkubationszeit – die fälschlicherweise oft als streikarm bezeichneten 1960-er Jahre: In einer Vielzahl wilder, oftmals lokal verankerter sowie mehr oder weniger diskret durchgezogener Streiks und Auseinandersetzungen konnten immer wieder Erfahrungen in kollektiver Selbstorganisierung, konfrontativer Selbstbehauptung, externer Solidarität etc. gesammelt werden – inklusive der schrittweisen Aneignung subversiver bzw. kritischer Denk- und Wahrnehmungsmuster, auf deren Basis dissidente Wirklichkeitsinterpretationen überhaupt erst möglich wurden (nebst Überwindung von Angst, Scham und Konformismus).

c) Organisierung und Unberechenbarkeit: Ohne organisierte Kerne, die die Initiative ergreifen, ist sozialer Aufruhr undenkbar. In betrieblichen Auseinandersetzungen sind dies gemeinhin – insbesondere bei wilden Streiks, Betriebsbesetzungen oder konspirativ eingefädelten Warnstreiks – basisorientierte Betriebsgruppen, linke Ver-

treterInnen des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers oder parteipolitisch gebundene Kader. Es gibt aber auch Ausnahmen.

Bei Gate Gourmet haben sich bereits 2003 – also mehr als zwei Jahre vor dem Streik – mehrere, nur zum Teil politisch erfahrene ArbeiterInnen als konspirativ agierende Widerstandszelle zusammengetan: Einerseits um den unternehmenshörigen Betriebsratschef abzusägen, was tatsächlich gelungen ist, andererseits um die einst äußerst stark mit dem Unternehmen identifizierte Belegschaft auf die Notwendigkeit eines Streiks einzustimmen (seitdem es im Zuge eines Besitzerwechsels zu krasser Verdichtung der Arbeitsabläufe, völliger Flexibilisierung der Arbeitszeiten und absichtsvoller Schikanierung, ja Entwürdigung der ArbeiterInnen gekommen war). Es ist daher auch folgerichtig gewesen, dass jenes U-Boot den ganzen sechsmonatigen Streik über als informelle Streikleitung und somit Gegengewicht zur Gewerkschaft fungiert hat.

Und doch: Selbst wenn sämtliche Zeichen auf Streik bzw. Aufruhr stehen – im Sinne des bislang Dargelegten es gibt keinerlei Garantie, dass dies am Ende auch tatsächlich geschieht. Oder mit Rosa Luxemburg: Es ist „äußerst schwer, vorauszusehen und zu berechnen, welcher Anlass und welche Momente zu Explosionen führen können und welche nicht (...) Die Revolution ist ... nicht ein Manöver des Proletariats im freien Felde, sondern sie ist ein Kampf mitten im unaufhörlichen Krachen, Zerbröckeln, Verschieben aller sozialen Fundamente".

d) Erfolgsbedingungen sozialer Kämpfe: Ob soziale Kämpfe erfolgreich verlaufen, hängt – je nach Situation – von ganz verschiedenen Faktoren ab. Zwei von ihnen seien erwähnt – einmal mehr unter selektivem Rückgriff auf Frances Piven und Richard Cloward. Erstens: Historisch waren es insbesondere militante bzw. offensive Massenaktionen, die den ökonomischen und politischen Eliten substanzielle Zugeständnisse abgerungen haben – jedenfalls insoweit es gelungen ist, dem eigenen Anliegen in der Öffentlichkeit Legitimität zu verleihen und somit die politischen Entscheidungsträgerinnen früher oder später unter massiven Interventionsdruck zu setzen.

Voreiliger Optimismus hinsichtlich der Krise

Auf diesen Doppel-Mechanismus weist auch Rainer Thomann in einer jüngst erschienenen Studie zu „Betriebsbesetzungen als wirksame Waffe im gewerkschaftlichen Kampf" hin: Hinsichtlich eines im Jahr 2008 erfolgreich verlaufenen Arbeitskampfes in einem großen Eisenbahn-Instandsetzungswerk in Bellinzona/Schweiz heißt es, dass es nur durch die entschlossene Betriebsbesetzung gelungen sei, einen Ort öffentlich wirksamer Gegenmacht zu etablieren – zuungunsten der ansonsten üblichen Aufnahme von Sozialplanverhandlungen, an deren Ende gleichsam per definitionem die Schließung des Betriebes stünde.

Bemerkenswert ist diese Erfahrung insofern, als sie für soziale Bewegungen hierzulande ein riesiges, bis heute nahezu brachliegendes Agitationsfeld eröffnet – einschließlich glorreicher Ausnahmen wie z.B. die breite Unterstützung des (verlorenen) Betriebskampfes bei AEG in Nürnberg 2005/06.

Zweitens: Nicht nur politisch, auch materiell und strategisch ist der Erfolg sozialer Kämpfe maßgeblich davon abhängig, inwieweit externe Unterstützung mobilisiert werden kann. Drei Beispiele: Der britische Bergarbeiterstreik ist zwar grandios gescheitert, möglich ist der einjährige Arbeitskampf aber nur deshalb gewesen (vor dem Hintergrund nicht existierender Streikkassen in Großbritannien), dass insgesamt 65 Millionen Pfund in Gestalt von Sach-, Nahrungs- und Geldspenden akquiriert werden konnten. Als die besetzte Kachelfabrik Zanon in Argentinien 2003 erstmalig geräumt werden sollte, wurde nicht nur zum provinzweiten Generalstreik aufgerufen, vielmehr hatten sich auch 5 000 Menschen als Schutzschild vor der Fabrik eingefunden. Auch die Abwicklung von Bike-Systems in Nordhausen konnte nicht verhindert werden. Dennoch sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass die einwöchige Produktion von 1 800 Strike-Bikes (die sowohl für die Beschäftigten als auch für die undogmatische Linke eine äußerst beflügelnde Erfahrung war) einzig durch reichhaltige Unterstützung von „außen" möglich gemacht wurde.

Noch im Frühjahr war allenthalben Krisenoptimismus en vogue – Slave Cubela sprach beispielsweise von der Krise als Treibhaus, ja von sozialen Kämpfen als zu erwartenden „Treibhausblüten" (express 4/2009). Dahinter stand zum einen die Erwartung, dass durch gravierende Turbulenzen das „erstarrte soziale Wissen" (Slave Cubela) erodieren würde, etwa weil die Menschen durch abrupt in die Höhe schnellende Arbeitslosenzahlen realisieren könnten, dass der Verlust des Arbeitsplatzes mitnichten selbstverschuldet sei. Zum an-

deren zirkulierte die Hoffnung, dass es durch die Globalität der Krise zu einer teppichartigen Synchronität der Kämpfe und somit einem Überschwappen des Aufruhrs in bis dato ruhige Gefilde käme.

Nicht nur der bisherige Krisenverlauf, auch etliche der hier skizzierten Erfahrungen mit sozialen Kämpfen in der Vergangenheit sprechen dafür, mit Prognosen hinsichtlich aufkeimender „Krisenproteste" zukünftig vorsichtiger zu hantieren – jedenfalls, was hiesige Verhältnisse anbelangt.

a) Gewiss, die Überakkumulationskrise als strukturelle Ursache der aktuellen Weltwirtschaftskrise besteht unverändert fort. Dennoch führt kein Weg an der Einsicht vorbei, dass es den ökonomischen und politischen Eliten in ihrem bisherigen Krisenmanagement besser als erwartet gelungen ist, allzu intensive Ausschläge nach unten zu vermeiden. Ob es also – im Sinne von Frances Piven und Richard Cloward – tatsächlich zu kollabierenden Loyalitäten und Routinen (samt Kämpfen) kommen wird, scheint derzeit keinesfalls ausgemacht. Und das auch deshalb, weil die nach der Bundestagswahl drohende Abwälzung der krisenbedingten Milliardenschulden auf die Allgemeinheit ihre fatalen Effekte nicht in einem großen Showdown, sondern vielmehr scheibchenweise – das heißt auf Jahre gestreckt – entfalten dürfte.

b) Insbesondere in den Industrieländern hat die Arbeiterbewegung im Zuge der neoliberalen Globalisierung dramatische Niederlagen erlitten (vgl. ak 535). Das hat nicht nur objektiv ihre Kampfkraft geschwächt – exemplarisch erwähnt sei die umfassende Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse (samt Fragmentierung durch Leiharbeit, Teilzeitarbeit, Minijobs etc.). Auch in subjektiver Hinsicht haben die Niederlagen deutliche Spuren hinterlassen, nicht zuletzt durch den Verlust konkreter Organisations-, Kampf- und Machterfahrungen. Mehr noch: Zahlreiche Menschen sind regelrecht demoralisiert worden, etwa davon, dass es trotz Massenprotesten nicht gelungen ist, die Einführung von Hartz IV zu verhindern.

Dieser Umstand spiegelt sich auch in einer von Gero Neugebauer für die Friedrich-Ebert-Stiftung unter dem Titel „Politische Milieus in Deutschland" erstellten Studie wider: Danach sei im „abgehängten Prekariat" – also in jenen von der Krise (potenziell) am stärksten betroffenen Milieus – „das Politikinteresse sowie das politische Kommunikations- und Teilhabeverhalten unterdurchschnittlich". Vieles spricht demnach dafür, dass es in nächster Zeit zu einem permanenten Auf- und Abflauen sozialer Kämpfe kommen wird und erst im Schlepptau davon zu einer allmählichen Herausbildung substanzieller, breit verankerter Konfliktfähigkeit – vergleichbar mit den Erfahrungen in den frühen 1930er Jahren in den USA sowie mit denen der 1960er Jahren in Westeuropa.

c) Ebenfalls problematisch ist, dass die Gewerkschaften bis heute nicht die notwendigen Konsequenzen aus den in der neoliberalen Globalisierung begründeten Erpressungspotenzialen gezogen haben – Stichwort: Standortwettbewerb. Auf jeden Fall steht der Aufbau transnationaler Gewerkschaftsstrukturen weiterhin nicht oben auf der Agenda – ein Manko, auf das unter anderem der ver.di-Linke Werner Sauerborn unverdrossen aufmerksam macht (vgl. etwa: express 1/2009).

d) Schließlich sollte nicht unterschlagen werden, dass auch die bewegungsorientierte Linke unverändert schwach aufgestellt ist – der von manchem erhoffte Stabilisierungseffekt durch die Proteste in Heiligendamm ist mit anderen Worten nicht eingetreten. Insofern sind von dieser Seite in naher Zukunft wohl keine außergewöhnlichen Aktivitäten hinsichtlich „Krisenprotesten" bzw. Klassenkämpfen zu erwarten.

Lokale Konfliktualitäten und mediale Großevents

Bei aller Skepsis wäre es sachlich falsch und politisch kontraproduktiv, nunmehr das Handtuch zu werfen – denn es gibt durchaus Risse im Putz: Der wilde Streik bei Opel im Oktober 2004, der hartnäckige (wenn auch nicht sonderlich erfolgreiche) Streik im Einzelhandel (2007/08), der Lokführer-Streik (2007/08), die Emmely-Kampagne (seit 2007) – all diese und weitere (zum Teil bereits erwähnte) Beispiele zeigen,

dass auch hierzulande Widerständigkeit möglich ist. In diesem Sinne sei abschließend die Frage aufgeworfen, welche Rolle die bewegungsorientierte Linke im kommenden Krisengeschehen spielen könnte bzw. sollte:

Zweierlei dürfte unstrittig sein: Die Krise kann jedeN treffen – Erwerbslose, abhängig Beschäftigte, Studierende, NutzerInnen öffentlicher Dienstleistungen etc. Das aber heißt, dass Krisenkämpfe an ganz verschiedenen Orten ausbrechen können. Zudem gilt, dass es keinen privilegierten Durchsetzungsmechanismus gibt, denn jede Gruppe hat ihre ganz eigenen Vorgehensweisen, mittels derer konkreter Druck entfaltet werden kann – sei es Streik, Besetzung, Demonstration oder eine Kombination aus alledem.

Mit anderen Worten: Es wäre zu kurz gegriffen, lokale Krisenbündnisse als bloße Vernetzungsorte zu bestimmen. Im Mittelpunkt sollte vielmehr das (in sozialen Zentren, workers centers, oder ähnlichen Orten verankerte) Bemühen stehen, sich wechselseitig in der Entfaltung unmittelbaren Drucks zu unterstützen – und das auf mindestens fünf Weisen: taktisch-strategisch (Blockaden gegen StreikbrecherInnen etc.), diskursiv-medial (Solidaritätsaktionen etc.), politisch-programmatisch (Propagierung globaler Solidarität – zuungunsten chauvinistischer bzw. rassistischer Krisenlösungsstrategien etc.), praktisch-organisatorisch (Vernetzung mit anderen Streikkollektiven etc.) sowie solidarisch-konkret (FahrerInnendienste etc.).

Die verbindliche Beteiligung an konkreten Kämpfen (ob als BetroffeneR oder UnterstützerIn) stellt erfahrungsgemäß eine extrem nervenaufreibende Angelegenheit dar. Vor diesem Hintergrund nehmen sich die zahlreichen Appelle der vergangenen Monate reichlich skurril aus, wonach lokale Krisenbündnisse stets darauf achten sollten, Wirtschafts-, Energie-, Klima- und Ernährungskrise gleichermaßen zu behandeln. Wer so argumentiert, unterschätzt nicht nur die praktisch-alltäglichen Erfordernisse in konkreten Auseinandersetzungen – nebst unvermeidbarer „Betriebs"blindheiten.

Verkant wird auch, dass praktische Kämpfe völlig anderen Gesetzmäßigkeiten unterliegen als diskursive Interventionen. Eine Problematik, welche ihrerseits auf den Umstand verweist, dass sich große Teile der bewegungsorientierten Linken bis heute nicht entschieden haben, ob sie ProtagonistInnen in sozialen Klassenkämpfen werden möchten (ganz gleich, in welcher Position) oder ob sie ihre Rolle vornehmlich in der Organisierung punktueller Großevents bzw. zeitlich befristeter Kampagnen sehen.

Gerade weil sich soziale Kämpfe als eine Art schwarzes Loch entpuppen können (denn Taktgeber ist nicht der eigene Terminkalender, sondern die Konfrontationsdynamik mit einem realen, hochgradig interessengeleiteten Gegner), ist es naheliegend, auf lokaler Ebene die meist nicht sonderlich üppigen Kräfte an lediglich zwei oder drei Auseinandersetzungspunkten zu bündeln – unbeschadet dessen, wie partikular bzw. nicht-repräsentativ jeder konkrete Kampf auf den ersten Blick erscheinen mag. Denn erfahrungsgemäß kann auf diese Weise durchaus beträchtliche Resonanz erzielt werden – mit der Konsequenz, dass die eigene Glaubwürdigkeit und Mobilisierungskraft rasant wächst, nicht zuletzt im Rahmen symbolisch-diskursiv ausgerichteter Großereignisse bzw. Aktionstage á la 28. März.

Olaf Bernau, NoLager Bremen

aus: analyse & kritik Nummer 542 September 2009

Literatur zum Weiterlesen:

Nanni Balestrini/Primo Moroni: Die goldene Horde. Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien. Berlin/Göttingen 1994.

Torsten Bewernitz (Hrsg.): Die neuen Streiks. Münster 2008.

Peter Birke: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Frankfurt/New York 2007.

Flying Pickets (Hrsg.): Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet. Berlin/Hamburg 2007.

Holger Mareks/Matthias Seiffert (Hrsg.): Die großen Streiks. Münster 2008.

Radaktion Druckwächter (Hrsg.): Akteure berichten über den Arbeitskampf bei AEG/Elektrolux in Nürnberg 2005-2007. Berlin 2009.

Transact Nr. 2 „Krise und soziale Kämpfe", Wildcat 68 Beilage zu Fabrikbesetzungen in Argentinien.

Iran: Ein neuer Anlauf?

Die Linke weltweit diskutiert sehr kontrovers über die Mobilisierungen vor und nach den Wahlen im Iran, bringt diese aber selten mit der globalen Krise und der schweren Wirtschafts- und Regierungskrise im Iran in Verbindung. Dabei liegen diese Bezüge auf der Hand.

Die Geschichte des »iranischen Kapitalismus« beginnt mit der Verfassungsbewegung von 1906 (also gleichzeitig mit der russischen Revolution von 1905), nachdem die Engländer 1901 mit der Ölsuche begonnen hatten. Die kapitalistische Entwicklung im Iran ist von Anfang an über das Erdöl in den Weltmarkt eingebunden. Seit den 1960er Jahren und vor allem seit der »Weißen Revolution« 1963 ist der Iran einerseits ein modernes kapitalistisches Land, andererseits abhängig von seinen Rohstoffexporten. Der Ölboom (und die Explosion der Ölpreise nach 1973 und nach 2005) versetzte(n) das jeweilige Regime immer wieder in die Lage, eine Entwicklungsdiktatur zu verfolgen: der staatliche Sektor ist in etwa so groß wie der privatwirtschaftliche. (Die iranische Statistik spricht von insgesamt 20,47 Millionen Erwerbstätigen, darunter 5,48 Millionen in der Privatwirtschaft und 5 Millionen »Staatsbeschäftigte« – das reicht von den staatlichen »Milizen«, den Pasdaran, bis zu den Beschäftigten der staatlichen Autoindustrie – sowie 1,53 Millionen »Arbeitgebern« und 7,36 Millionen Selbständigen bei einer Bevölkerung von 73 Millionen.) Sowohl die Entwicklung wie der große Staatsapparat werden finanziert über die Ölrente: Teile des von ArbeiterInnen in anderen Gegenden der Welt, besonders in ölimportierenden Ländern, produzierten Mehrwerts fallen über den Ölexport dem iranischen Staat zu. Diese Mischung aus Abhängigkeit und forcierter Entwicklung führte bereits in den 1970er Jahren zu einer dramatischen Wirtschaftskrise, die schließlich in der iranischen Revolution 1979 mündete. Strukturell steht das Ahmadinedjad-Regime heute vor den selben Problemen.

Beginn der aktuellen Krise

Steigende Öleinnahmen führten von 2005 bis 2008 zur Verdreifachung der Geldmenge und einer Zunahme der Inflation von 10,4 auf 25,4 Prozent. Das Regime versuchte diese mit günstigen Krediten und Subventionen abzufedern. Trotzdem stiegen Armut und Wohnungsnot. Der Absturz des Ölpreises von 148 auf 40 Dollar im Sommer 2008 riss große Löcher: Im Staatshaushalt 2009 fehlen 25-30 Milliarden Dollar, und 6 Milliarden Dollar mussten umgeschichtet werden, um den Staatsangestellten ihre Löhne und Gehälter auszahlen zu können. Der Iran braucht Kredite, hat aber (auch aufgrund der globalen Krise) große Schwierigkeiten, an solche heranzukommen. Die Inflation steigt weiter (die Lebensmittelpreise seit Anfang des Jahres um 40 Prozent), die Industrieproduktion schrumpft. Im Frühjahr 2009 waren offiziell 2,7 Millionen arbeitslos; allerdings zählt bereits als »arbeitend«, wer in den letzten Tagen vor der Erhebung auch nur eine Stunde gearbeitet hat – von daher sind die tatsächlichen Zahlen viel höher.

Zum Rückgang der Öleinnahmen kommt seit 2008 eine Dürreperiode. Der Ausfall der Wasserkraftwerke führt zu Engpässen bei der Stromversorgung, vor allem aber zu dramatischen Rückgängen der landwirtschaftlichen Produktion (ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche wird bewässert!). Erst vor vier Jahren war der Iran unabhängig von Weizenimporten geworden, 2008 mussten wieder sechs Millionen Tonnen eingeführt werden. Schon vor dem Ausbruch der aktuellen Krise musste der Staat 4,5 Millionen Dollar für den zusätzlichen Import von Nahrungsmitteln aus dem unter Khatamie eingerichteten Devisensparfonds, dem sogenannten »Zukunftsfonds«, entnehmen. Trotz der gewaltigen Ölreserven gibt es weiterhin eine Benzinkrise. Im Sommer 2008 war das Budget für den Benzinimport erschöpft und die Regierung musste (gegen das Parlament) weitere Dollareinnahmen aus dem Ölverkauf für den Import von Benzin bereitstellen.

Ölwahlen

Im Vorfeld der Wahlen hatten ArbeiterInnen eine Kampagne gegen die Inflation und zur Erhöhung des Mindestlohns um das Vierfache gestartet. Der Mindestlohn wurde aber nur um 20 Prozent erhöht, also unterhalb der offiziellen Inflationsrate. Am 1. Mai wurden 150 Arbeiteraktivisten und Gewerk-

schafter beim Versuch verhaftet, für die Erhöhung der Mindestlöhne auf die Straße zu gehen und nur gegen sehr hohe Kautionen freigelassen. Insgesamt waren die Wahlen im Sommer 2009 sehr stark von der Wirtschaftskrise dominiert. Die Fragen nach der Verteilung der Ölrente bestimmten alle Debatten: Wieviel wird investiert, wieviel wird verteilt und in welcher Form? An dieser Front hat sich in den letzten Jahren eine Regierungskrise mit ständigen Ministerentlassungen und Kabinettsumbildungen entwickelt: Wirtschaftsminister, Zentralbankchef und Arbeitsminister streiten darüber, wer gefährlicher ist: die Inflation oder die Arbeitslosen?, und was das größere Übel sei: die ausufernde Geldmenge oder das Heraufsetzen der Zinsen?

Nach dem Machtantritt Khomeinis 1979 hatte die Armut infolge der revolutionären Kämpfe und Bewegungen tatsächlich abgenommen. Höhere Löhne, die Wiedereinstellung von Arbeitslosen durch Arbeiterräte, das Besetzen von leerstehenden Wohnungen, das Aneignen von Boden zum Wohnungsbau und von Ackerland durch Bauern führten zu einer deutlichen Verbesserung des Lebensstandards. Aber nach dem Erstarken der islamischen Staatsmacht und besonders nach dem Iran-Irak-Krieg und der Liberalisierung der Wirtschaft durch Rafsandjani stieg die Armut wieder an.

Dagegen richtete sich die Umverteilungspropaganda Ahmadinedjads, der Mitte 2006 z.B. versprach: »Wir [werden] in drei bis vier Jahren keine Beschäftigungsprobleme mehr haben.« Das sollte durch ein Paket »schnell wirkender Projekte« erreicht werden, wie z.B. Kredite an Kleinunternehmer und Zuschüsse bei der Gründung von Ich-AGs. Außerdem wurden verbilligte Kredite an Rentner, Landwirte, Studenten, frisch verheiratete Paare und Wohnungseigentümer vergeben. Die ökonomischen Voraussetzungen schienen gut, denn in den vier Jahren seiner Regierungszeit stiegen die Öleinnahmen auf 266 Milliarden US Dollar, das war etwa soviel wie in den 16 Jahren davor (eigene Berechnung nach OPEC-Zahlen).

Damit konnte das Regime auf die damalige Verschärfung der politischen Isolation und den Beginn wirtschaftlicher Sanktionen mit der Ausweitung der staatlichen Wirtschaftspolitik reagieren. Aber laut einer parlamentarischen Untersuchung schufen nur 38 Prozent der für »schnell wirkende Projekte« ausgegebenen 19 Mrd. Dollar tatsächlich neue Arbeitsplätze, der Rest floss in andere Kanäle, vor allem in Immobilienspekulation. Durch die sehr hohe Inflation verarmten diejenigen Schichten noch weiter, die von solchen staatlichen Zuwendungen ausgeschlossen waren. Die Immobilienblase platzte im Frühjahr 2008, als die Regierung dem gesamten Bankensystem die Vergabe neuer Immobilienkredite untersagte. Die Folge war ein drastischer Rückgang der Wohnungsnachfrage. Dadurch saßen nun aber nicht nur Immobilienhändler, sondern auch öffentliche Institutionen und der Staat auf einem Haufen fauler Kredite. Die Banken wiederum haben 27 Mrd. Dollar Kredite ausstehen, die sie nicht zurückbekommen werden, und begleichen ihre Schulden bei der Zentralbank nicht mehr. Die Außenstände der Zentralbank und damit des Staats wuchsen von September 2007 bis September 2008 um 106 Prozent. Das führte dazu, dass der Staat seine Lieferanten und viele Beschäftigte nicht mehr oder verspätet ausbezahlt hat. Zum anderen haben die Banken ihre Kreditvergabe an die Wirtschaft stark zurückgefahren. Diese Kreditklemme drückt die Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern und verschärft die Krise.

Die Zahl der Armen ist unter Ahmadinedjad sogar nach den Statistiken seiner eigenen Zentralbank gestiegen – und zwar bereits in den ersten zwei Jahren seiner Regierung von 18 auf 19 Prozent (14 Millionen), auf dem Land prozentual stärker als in der Stadt, Jugendliche waren mehr betroffen als andere Altersgruppen. Man kann davon ausgehen, dass heute mehr als 15 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze leben, z.B. Frauen ohne Männer, Arbeitslose in den Städten...

Auch an einer zweiten, wichtigen Front, der Reform der Subventionen und der Staatsausgaben, war die Regierung Ahmadinedjad gescheitert. Der Iran importiert knapp 40 Prozent seines Kraftstoffs zu Weltmarktpreisen. Es mangelt an Aufbereitungs- und Raffineriekapazitäten sowie an Pipelines. Seit Jahren sollen die Subventionen für Erdölprodukte, Strom und Wasser gestrichen werden. Im Juni 2007 hatte aber der Versuch, das subventionierte Benzin auf monatlich 100 Liter pro PKW zu rationieren und gleichzeitig von acht auf zehn US-Cent pro Liter zu verteuern (der Iran zahlt 40 US-Cent für den Liter Importbenzin), zur sogenannten »Benzinrevolte« geführt.

Der Haushalt für 2009 sah vor, die Preise für Benzin, Diesel, Gas und Strom nicht mehr zu subventionieren, stattdessen aber einen Teil dieser Gelder (etwa 20 Milliarden Dollar) direkt an Haushalte mit niedrigem Einkommen – und an die von dem Preisanstieg betroffenen Unternehmen! – zu verteilen und 8,5 Milliarden Dollar für den »Aufbau der Wirtschaft« abzuzweigen. Das wurde aber nach heftigen Debatten im Parlament kurz vor den Wahlen gestoppt, weil die Regierung fürchtete, dass eine weitere Steigerung der Inflation zu noch

Der Iran steht an vierter Stelle der weltweiten Erdölförderung und hat mit 10-11 Prozent aller bekannten Vorkommen die drittgrössten Erdölreserven weltweit. Das Land fördert etwa 4 Mio. Barrel Erdöl, davon entfallen 1,42 Mio. auf den Eigenbedarf (eine Verdreifachung seit 1980), der Rest wird exportiert. Aufgrund unzureichender Raffineriekapazitäten muss das Land ca. 170000 Barrel Benzin am Tag importieren, was die Regierung im Jahre 2006 mehr als 4 Milliarden US-Dollar gekostet hat. Durch die Subventionierung der Benzinpreise entstehen dem Staat insgesamt Kosten in Höhe von 12 Prozent des BIP. Der Iran steht ausserdem weltweit an siebter Stelle bei der Erdgasförderung und an zweiter Stelle bei den Erdgasreserven, importiert zur Zeit aber noch mehr Gas als er exportiert.

mehr Unruhe in breiten Teilen der Gesellschaft – besonders unter der Jugend – führen würde.

Das Ahmadinedjad-Regime war also auf den wichtigsten Feldern der Wirtschafts- und Sozialpolitik gescheitert und hatte sich entgegen seiner Propaganda sogar zur Annäherung an die USA gezwungen gesehen (z.B. zur logistischen Unterstützung beim Krieg in Afghanistan), um in der Krise eine Lockerung des Wirtschaftsembargos zu erreichen. Trotzdem galt seine Wiederwahl als sicher, und die Dynamik der Ereignisse im Wahlkampf kam für viele überraschend. Das hat vor allem zwei Gründe – der eine spielt vor Wahlen im Iran (wie anderswo) immer eine Rolle – Geld verteilen: so gab es eine deutliche Rentenerhöhung, die Festanstellung von 2000 Automobilarbeitern, die Dividenden der sog. »Gerechtigkeitsaktien«, ca. 80 Dollar wurden verteilt... Der zweite Faktor spielt bei Ahmadinedjad eine besondere Rolle – er ist besonders im Machtsystem verankert also bei den Pasdaran und Basidji. In Fabriken, Verwaltungen, Stadtvierteln, Dörfern usw. sollen 36000 Basidj-Stützpunkte (Payghah) stationiert sein. 2008 wurde deren Budget um 200 Prozent erhöht. Und über diese Strukturen können die Wahlen zum Teil »direkt kontrolliert« werden.

Probleme beim Schließen eines Repressionsvakuums

Mitten in der Wirtschaftskrise sollten die Wahlen das Regime neu legitimieren. Ahmadinedjad präsentierte sich in seinem Wahlkampf als Vertreter der Armen gegen die reiche Elite, und die Sicherheitsorgane ließen Versammlungen von Jugendlichen erstmal laufen. Es gab sogar Fernsehduelle. Aber ab Anfang Juni liefen diese verbal aus dem Ruder, und die Versammlungen auf den Straßen wuchsen zu gewaltigen Protestdemonstrationen an. Es wurde klar, dass es zu einer Protestwahl kommen würde. Die Leute nutzten die Wahlmobilisierung bzw. die entstehenden öffentlichen Räume zunehmend für ihre eigenen Anliegen. Auch solche, die gar nicht zur Wahl gehen würden, und die ärmeren Schichten kamen dazu. Es wurde öffentlich diskutiert, Parolen gerufen, die Anhänger der Kandidaten beschimpften sich gegenseitig. Aber als jemand aus der Menge rief: »Leute lasst uns vernünftig diskutieren, wir haben nur diese zwei Wochen zu Verfügung«, bekam er von beiden Seiten Applaus, diese Einschätzung teilten offensichtlich alle. Es gab ein temporäres Repressionsvakuum, das nach der Wahl – egal wer gewinnt – wieder geschlossen würde.

Aber dann erreichten die Proteste eine solche Massenhaftigkeit, dass sie nach der Wahl nicht so ohne weiteres wieder gestoppt werden konnten. Sie richteten sich zunehmend gegen soziale und ökonomische Missstände wie die Inflation, und letztlich gegen das ganze System.

Ermutigt durch den Wiederanstieg der Ölpreise und die Annäherung an die USA ging das Regime sehr hart gegen die Demos vor. Damit konnten sie aber weder deren Dynamik brechen, noch die sichtbar gewordenen Risse im Regime selber kitten – im Gegenteil! Selbst nach Chameneis offenen Drohungen im Freitagsgebet (»Die Wahl wurde an den Urnen und wird nicht auf der Straße entschieden«, ab jetzt gehe es härter zur Sache!) verstärkten und radikalisierten sich die Proteste ein weiteres Mal. Die Zusammensetzung der Protestierenden änderte sich – und viele begannen, die Ereignisse mit der Revolution 1979 zu vergleichen. Das ist berechtigt in Bezug auf den diktatorischen Charakter des Regimes und auf die langgezogene Regierungskrise im Zusammenhang mit einer schweren ökonomischen Krise. Aber die iranische Gesellschaft hat sich seit 1979 stark verändert: Teheran ist von 5 auf 12 Millionen Menschen angewachsen; die Mittelschicht ist nicht mehr von traditionellen Basaris, sondern von modernen Berufen (Ladenbesitzer, Rechtsanwälte, Professoren...) geprägt; die Zahl der ArbeiterInnen hat in den letzten zehn Jahren stark zugenommen.

Die aktuelle Bewegung unterscheidet sich in vielen Punkten von der Bewegung Ende der 70er Jahre: Frauen spielen eine viel aktivere Rolle; die nächtlichen Allahu akhbar-Rufe sind nicht immer Ausdruck religiöser Hoffnungen, sondern sollen das Regime provozieren – und es gibt eine ganze Reihe weiterer Rufe wie z.B. »Nieder mit dem Diktator«. Zwar tauchten im Verlauf der Bewegung immer mehr FabrikarbeiterInnen und Angestellte auf den Demos und bei den Straßenschlachten auf, aber abends nach der Arbeit. Es schien für die ArbeiterInnen schwer vorstellbar, mit breiten Streiks dem Regime den Rest zu geben. Lediglich die Busfahrergewerkschaft, die vorher die Wahlen boykottiert hatte, verurteilte in einer Erklärung jegliche Unterdrückung.

Zum Charakter der Bewegung

Die iranische Exillinke ist heillos zerstritten in der Einschätzung der Bewegung; in der Debatte herrschen zwei Positionen vor, die jeweils einen Teil fürs Ganze nehmen. Die einen sehen eine reaktionäre Bewegung der höher gestellten Schichten gegen die Unterklassen. Manche »antiimperialistisch« eingestellte Menschen gingen dabei so weit, die Position von Hugo Chavez zu übernehmen und die Bewegung als »grüne Welle« im Sinne der »farbigen Revolutionen« zu denunzieren. Dabei war dem Mussawilager das Grün von der staatlichen Wahlkommission zugelost worden. Die Proteste waren nicht vom Ausland ausgelöst, und auf den Straßen waren nicht nur Anhänger von Mussawi.

Der andere Pol sieht eine unmittelbar revolutionäre Bewegung, das ist aber mehr Wunschdenken als Realität. Zwar trugen die vier sozialen Gruppen, die am stärksten von der

Krise betroffen sind – Arbeiter, Jugendliche, Frauen und Studierende -auch die Dynamik der Proteste. Sie thematisierten aber (noch?) nicht die eigene soziale Situation. Noch überwog die Repression. Die Fabriken liegen außerhalb der Städte, während der Arbeit stehen die Arbeiter unter Kontrolle des Wachschutzes. Wer sich vom Arbeitsplatz weg an Demos beteiligt, muss am nächsten Tag mit der Kündigung rechnen. Für die 148 Freigelassenen der am 1. Mai verhafteten 150 Aktivisten war es ebenfalls zu gefährlich, sich bei Demonstrationen sehen zu lassen. Und politische Gruppen können nicht offen auftreten – das wäre zu gefährlich.

Dennoch konnten wir im Sommer sehr unterschiedliche Arten, auf die Straße zu gehen, beobachten. Nach Chameneis Drohung beim Freitagsgebet z.B. rief Mussawi seine Anhänger zur Ruhe auf. Trotzdem kam es am folgenden Tag zu den schwersten Massenprotesten seit der iranischen Revolution. Die DemonstrantInnen lieferten sich Straßenschlachten mit Sonderkommandos der Polizei, den Pasdaran (»Revolutionsgarden«) und den Basidji-Milizen, Banken wurden demoliert. An diesem Tag wurden mehr als zehn Menschen getötet. Ein Arbeiteraktivist hat beobachtet, dass Betriebsbusse nicht zurück in die Wohnviertel fuhren, sondern in die Stadt zur Demo.

Jugend

Unter der Regierung Mussawi – und mit Rafsandjani als Präsident – wurden 1988 auf direkten Befehl Khomeinis in drei Monaten etwa 5000, bereits zu Haftstrafen verurteilte, politische Gefangene hingerichtet (4486 davon sind heute namentlich bekannt). Als der damalige stellvertretende Außenminister Laridschani bei seinem Bonn-Besuch auf einer Pressekonferenz auf die Massenhinrichtungen angesprochen wurde, verglich er zynisch die hohe Geburtenrate im Iran mit den paar tausend Toten: »Wir haben jedes Jahr zwei Millionen neue Menschen«. Die Tausende sind nicht mehr da, aber die Millionen Jugendliche, die heute ein Drittel der Bevölkerung ausmachen, sind auf den Straßen – und zur Zeitbombe für das Regime geworden.

In den letzten 30 Jahren hat sich die Bevölkerung von etwa 37 auf 73 Millionen fast verdoppelt. Heute gibt es 14 Millionen SchülerInnen (1979 waren es fünf), jährlich drängen etwa 700 000 Jugendliche auf den Arbeitsmarkt – mit schlechten Aussichten: Im Frühjahr 2009 betrug die offizielle Arbeitslosigkeit 11,2 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit 17,8, die Arbeitslosigkeit unter jungen Frauen 29, die unter städtischen Jugendlichen insgesamt 23,7 Prozent. Viele müssen mit zwei oder drei Jobs ihren Lebensunterhalt bestreiten.

Nach offiziellen Zahlen der UNO konsumieren 2,8 Prozent der iranischen Bevölkerung Opiate. Das ist die höchste Rate an Drogenabhängigen weltweit und in absoluten Zahlen zehnmal mehr als in England – bei ungefähr gleicher Bevölkerungszahl. Der Drogenkonsum ist aber nicht auf Jugendliche beschränkt. Laut einer Untersuchung greifen auf einem der größten Gasfelder der Welt von 60 000 Arbeitern 20 000 zu Drogen. 2002 musste der Staat seine Strategie beim Umgang mit Drogenabhängigen ändern, in einer Fatwa wurden Methadon-Programme für zulässig erklärt.

In den Protesten findet sich eine Jugend, die die Schnauze voll hat – seien es StudentInnen, die als arbeitslose Akademiker keine Perspektive sehen, oder ProletarierInnen, deren Arbeits- und Lebensbedingungen sich sowohl unter »Reformern« wie unter »Konservativen« immer weiter verschlechterten. Sie haben keine Perspektive und gestehen dem System keine Legitimität zu: Sie misstrauen Institutionen auf allen Ebenen und lehnen den Einfluss der religiösen Autoritäten auf die Gesellschaft ab.

ArbeiterInnen

Der Anteil der ArbeiterInnen an der Bevölkerung ist seit 1979 konstant geblieben, ihre Zahl hat sich also in 30 Jahren verdoppelt; heute arbeitet etwa eine Million Industriearbeiter in Betrieben mit mehr als zehn Beschäftigten. Diese lassen sich grob in drei Bereiche einteilen: Textil und Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte; Ölindustrie; neue Industrien, vor allem Auto. Die Bedeutung des ersten, traditionellen Bereichs geht zurück. Die Ölarbeiter waren mit ihrem Streik in der Revolution von 1979 entscheidend. Ihre Zahl ist seither in etwa gleich geblieben, aber die Struktur der Ölindustrie wurde durch Teilprivatisierungen und Ausgliederungen stark verändert. Damit wurde die Organisationsfähigkeit der Ölarbeiter unterhöhlt. Zuvor waren sie eine kompakte Einheit gewesen, die ihre (siebzigjährigen) Erfahrungen an neue Arbeiter weitergaben. Die Facharbeiter kamen alle aus der ältesten Raffinerie in Abadan in die neuen Raffinerien. Sie schufen Verbindungen zwischen allen Raffinerien, über die sich z.B. der Streik 1978/79 ausbreitete. Im Iran-Irak-Krieg wurde die Raffinerie in Abadan zerstört, viele Arbeiter wurden zu Kriegsflüchtlingen, die politisch Aktiven gingen oft ins Ausland. Die übrigen sind mittlerweile (früh-) verrentet.

Die Elektro-/Hausgeräteindustrie gewinnt an Bedeutung. Zentral ist aber inzwischen die Autoindustrie mit 118 000 Beschäftigten, was in etwa eine Vervierfachung gegenüber 1979 bedeutet. Auch hier liegt die größte Dynamik in den letzten zehn Jahren: 1996 wurden z.B. im Iran 203 000 PKWs produziert, 2006 bereits 917 000; 2008 1,2 Millionen. Damit steht Iran an 16. Stelle in der Welt. Am größten Autoprodu-

zenten im Nahen Osten, Iran Khodro, ist der Staat mit 40 Prozent beteiligt. (Der weitaus größte Konkurrent ist Saipa mit 35 Prozent Marktanteil im Iran). Iran Khodro ist berüchtigt für Arbeitshetze, lange Arbeitszeiten und seinen mächtigen Werkschutz. Ein großer Teil der Arbeiter sind Zeitarbeiter. Auch Iran Khodro ist von der Krise getroffen und machte im letzten Geschäftsjahr 120 Millionen Dollar Verlust. Schon vor der Krise musste der Verkauf von Autos mit der Vergabe von Krediten großzügig subventioniert werden. Am 2. Mai 2009 gab es bei Iran Khodro einen Streik: Die Arbeiter hatten 2006 einen Rekordbonus von 1000 Dollar erhalten, der 2007 und 2008 auf 300 Dollar gekürzt worden war, 2009 sollte er gar nicht ausgezahlt werden. Nach Protesten der Arbeiter wurden 150 Dollar ausgezahlt. Erst nach dem kurzen Streik stockte der Konzern den Bonus wieder auf 300 Dollar auf.

Ein Ausblick?

Seit dem Sommer hat sich die ökonomische Krise weiter verschärft. Nachdem zunächst die Baubranche um 60 Prozent abgestürzt war, hat die Krise inzwischen andere Branchen erfasst. 600 Fabriken sind von Insolvenz bedroht. Die Arbeitsbeschaffungsprojekte von Ahmadinedjad sind gescheitert.

In der Wildcat gab es in den letzten Jahren mehrfach Berichte über Arbeiterproteste im Iran. Trotz Organisationsverbot und Repression gibt es immer wieder Streiks und Arbeiteraktionen. Der Kampf der Lehrer und vor allem der Busfahrer war ein qualitativer Schritt. 2008 kam es zum Aufstand in der Zuckerfabrik Hafttappeh. Wenn von Zuckerbrot und Peitsche nur die Peitsche bleibt, wenn die täglich stattfindenden Proteste der ArbeiterInnen immer wieder unterdrückt werden, wie vor einigen Wochen der fünftägige Streik bei Wagon Pars, dem ehemals größten Hersteller von Eisenbahnwaggons im Nahen Osten, dann stehen uns viel stärkere Arbeiterunruhen bevor.

Obwohl die Proteste mit schwerster Repression unterdrückt und die Ereignisse zu einem Machtkampf zwischen zwei Flügeln der Herrschenden umgedeutet wurden, fragen sich Kenner der iranischen Ökonomie inzwischen, ob nicht »nach der grünen Welle, eine Welle von Blue Collars unterwegs ist« – und zwar eine viel härtere.

aus: Wildcat Nummer 85, Herbst 2009

Wagon Pars mit ehemals 1700 Beschäftigten ist im Laufe seiner Privatisierung in Finanznöte geraten. Nachdem die nicht festangestellten Arbeiter entlassen worden waren, wollte das Unternehmen die Restbelegschaft mit schlechten Bedingungen in Frührente schicken und zahlte seit Monaten keine Löhne mehr. Aus Protest schlugen die Arbeiter die Fenster ein und zerstörten die Firmenkantine. Am 25. August begannen sie eine Sitzblockade vor dem Fabriktor.

Wegen der Brisanz der Lage (zwei benachbarte wichtige Fabriken stehen ebenfalls vor der Insolvenz) wurden Pasdaran und Aufstandsbekämpfungseinheiten der Polizei in der Nähe von Wagon Pars postiert, um einen Marsch der Arbeiter in die Stadt zu verhindern. Nach fünf Tagen wurde der Streik mit der Teilauszahlung der ausstehenden Löhne und Repressalien des Werkschutzes und Propaganda des Basidji-Stützpunkts in der Fabrik beendet.

FDP und Naumann-Stiftung – Terror und Mord für hohe Profite

Ganz offensichtlich ist für die FPD und die Friedrich-Naumann-Stiftung „Freiheit" immer noch die Freiheit des Kapitals, ungestört hohe Profite zu machen. Dass hierfür gelegentlich eine Verfassung außer Kraft gesetzt werden muß, dass gelegentlich Terror, Folter und Mord nötig sein können, um hohe Profite zu verwirklichen, scheint für FDP und Naumann-Stiftung akzeptabel. Freiheit ist hier immer die Freiheit der herrschenden Klassen – die Freiheit der Bevölkerung, sich angemessen ernähren zu können, Zugang zum Gesundheitswesen zu haben, sich frei bewegen zu können, gehört bei diesem Freiheitsbegriff nicht dazu.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung wird zu großen Teilen durch öffentliche Gelder finanziert.„Die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS) ist die Stiftung für liberale Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Sie will dazu beitragen, dem Prinzip Freiheit in Menschenwürde in allen Bereichen der Gesellschaft Geltung zu verschaffen, im Inland wie im Ausland. Dank der Förderung der Stiftungstätigkeit aus Mitteln des Bundes und der Länder ist die Stiftung außer in Deutschland heute in mehr als 50 Ländern aktiv." - So steht es etwa auf der Homepage der deutschen Botschaft in Nicaragua. Apropos Nicaragua: auch hier war die Naumann-Stiftung bereits in den 80er Jahren aktiv in den schmutzigen Contra-Krieg gegen die Sandinisten verwickelt, und ist auch heute noch aktiv dabei, hier die Politik in ihrem Sinne massiv zu beeinflussen. Übrigens gilt dies für ganz Lateinamerika: nicht nur die FDP-nahe Naumann-Stiftung, sondern auch die CDU-nahe Adenauer-Stiftung betreiben hier seit Jahren aktiv Politik – gegen jede Umverteilung von oben nach unten, gegen jede Politik, die die Profite des Kapitals in Frage stellt oder zu schmälern droht.

Naumann-Stiftung und FDP zum Putsch in Honduras

Ein ganz guter Überblick über die Unterstützung des Putsches in Honduras durch FDP und Naumann-Stiftung findet sich in der diesbezüglichen Kleinen Anfrage der Partei Die Linke von Mitte August. Ein Überblick über einige Texte der Naumann-Stiftung findet sich bei auf deren Homepage.

Bereits am Tag des Militärputsches veröffentlicht die Naumann-Stiftung einen ausführlichen Artikel zu Thema unter dem Titel „Manuel Zelaya – mehr Täter als Opfer". Der Text ist, obwohl ausführlich, sehr simpel: Präsident Zelaya sei zu weit nach links gerückt, in die Nähe der ALBA-Staaten, und habe den Kongress „provoziert", so dass dieser gegen seinen Willen zur Verteidigung der Demokratie zum Militärputsch gezwungen gewesen sei. „Seit Monaten provozierte der Präsident die Legislative und die staatlichen Institutionen mit einer nicht verfassungsgemäßen „Volksbefragung", die darüber entscheiden sollte, ob eine verfassungsgebende Versammlung im November zusammentreten sollte...Die darauffolgenden trotzig-provokanten Reaktionen „Mel" Zelayas ließen dem Kongress letztendlich keine andere Wahl, sollte eine Rückkehr zu Rechtsstaat und zu Verfas-sungsmäßigkeit in Honduras garantiert werden."Der Autor des Textes, Christian Lüth, ist der „Direktor für Projektkoordination in Honduras, Nicaragua und Guatemala" - was Lüth in Honduras begrüsst, dürfte ihm auch in Nicaragua und Guatamale gefallen. Dass nur Stunden nach dem Putsch ein solch ausführlicher Rechtfertigungsartikel der Naumann-Stiftung erscheint, lässt stutzen. Da wird noch nicht jemand etwas vorher gewusst haben? Oder war da nicht vielleicht jemand sogar an der Organisation beteiligt?

Nur einen Tag später legt die Naumann-Stiftung, wieder Lüth, nach. Betont wird diesmal, dass schliesslich 124 der 128 Abgeordneten für den Putschisten Micheletti gestimmt haben – zu erwähnen vergisst Lüth, das Abgeordnete, die die Sitzung boykottieren, gerade Besuch vom Militär bekommen und untertauchen müssen. Nicht erwähnt wird auch die Tatsache der Zusammensetzung des Parlamentes - 95 Prozent der Sitze teilen sich die den traditionellen Eliten verhafteten Parteien Liberale und Nationale. Nach längeren Erwägungen kommt auch dieser Text wieder zur gleichen Einschätzung: „Trotz der noch zahlreichen Unbekannten in der politischen und rechtlichen Entwicklung im Fall Zelaya und der durchaus fragwürdigen Art, wie Zelaya aus dem Land geschafft wurde, ist eines klar geworden: Durch seinen provokanten, respektlosen Umgang mit den Institutionen des Rechtstaates seines eigenen Landes, die er immer wieder verhöhnt und mit Füssen getreten hat, trägt Zelaya ein hohes Maß an Mitschuld an seiner Entmachtung." Ist das auch das Rezept der FDP für Deutschland – bei Provokationen und „respektlosem Umgang" haben promt Militäreinsatz, Ausnahmegesetzgebung, Folter und Mord zu folgen?

Wiederum einen Tag später, am 30.06.09, während bereits die ersten Toten durch Militär- und Polizeigewalt zu beklagen sind, erhalten die Naumann-Stiftung und Lüth die Möglichkeit, ihre Auffassung der Verhältnisse in der „Welt", in einem Artikel mit dem bezeichnenden Titel „Das Märchen vom Staatsstreich in Honduras" darzulegen. „Die wachsende Gewalttätigkeit in den Straßen von Honduras geht nach Ansicht

von Beobachtern zunehmend von den Zelaya-Anhängern aus. Für Christian Lüth, Vertreter der Friedrich-Naumann-Stiftung in Tegucigalpa, eindeutig von den Demonstranten: „Diese schießen auf die Polizisten, nicht umgekehrt, das hat es so noch nie gegeben; schon längst spekulieren hiesige Medien, dass Agitatoren aus Venezuela und Kuba dahinter stehen", so Lüth im Gespräch mit WELT ONLINE."

Lüth wird nicht müde – der nächste Text folgt drei Tage später. Lüth ist nun ganz offensichtlich darauf aus, gute Stimmung zu schaffen. Er gesteht zu, dass Zelaya nicht direkt seine Widerwahl betrieben habe, wohl wurden ihm aber von „von vielen Seiten Gelüste nachgesagt, sich erneut wählen zu lassen", er bezeichnet das Vorgehen der Putschisten als „ungeschickt" und malt blumige Bilder, wie ungestört Zelaya-Anhänger_innen demonstrieren und die Presse berichten darf - „im Unterschied zu den vergangenen Tagen". Wie – war da etwas? Also doch brutale Gewalt gegen Demonstrant_innen und kritische Medien direkt nach dem Putsch? Lüth beschwört den Frieden - gegen die blutrünstigen Drohungen Zelayas, wieder zurück auf die Stelle zu wollen, auf die er gewählt wurde, und die Putschisten und Mörder zu bestrafen.

In einem weiteren Text der Naumann-Stiftung vom 08. Juli, ebenfalls von Lüth, wird Zelaya aufgefordert, doch bitte ab sofort alle Versuche, in das Land, dessen gewählter Präsident er ist, zurückzukehren, zu unterlassen – das würde nur zu unnötiger „Gewalt" führen, vor allem, solange Zelaya weiterhin so „kompromisslos" sei. Scharf kritisiert wird auch die „Organisation amerikanischer Staaten": Diese habe Honduras unter der Putschregierung rausgeworfen, damit habe sie ihr Wohlwollen bei den Putschisten verspielt, und das sei nicht gut, weil sie dann nicht mehr als „neutrale Instanz" verhandeln könnte. Putschpräsident Micheletti, so der Text, sei eigentlich toll. Er geniesse nicht nur die Unterstützung des Militärs und der katholischen Kirche, sondern auch der „Mehrheit der Bevölkerung". Und bei der Auflösung der Proteste bei der gescheiterten Rückkehr von Zelaya sei auch nur ein Mensch durch die Sicherheitskräfte ermordet worden, statt mehrere, wie die bösen europäischen Medien berichtet hätten. Die Naumann-Stiftung beruft sich auf „Kardinal Oscar Andrés Rodríguez" - ein hohes Tier der katholischen Kirche, und anscheinend bei den letzten Papst-Wahlen ernstzunehmender Konkurrent des jetztigen reaktionären Papstes Ratzinger.

Was der Kardinal so denkt, lässt sich ein paar Tage später im Interview mit der FAZ genauer nachlesen – im Zusammenhang etwa mit den 80er Jahren, als Honduras das große Aufmarschgebiet von Contras, CIA und US-Armee war, um von hier aus durch schmutzigen Krieg die sandinistische Regierung in Nicaragua zu destabilisieren. „Hier in Zentralamerika ist die Erinnerung an die siebziger und achtziger Jahre noch sehr lebendig: Bürgerkriege, Guerrilla-Kämpfe, hunderttausende Tote. Honduras wurde Gott sei Dank von direkten Kämpfen verschont, aber wir haben viele Flüchtlinge aus den Nachbarländern aufgenommen, vor allem aus Nicaragua und Guatemala." Honduras, damals noch fest in der Hand des Militärs, das so brutal gegen alle sozialen Bewegungen vorging, dass diese nie eine Chance zum Widerstand hatten, blieb „Gott sei Dank von direkten Kämpfen verschont"? Die Ausführungen des Kardinals sind eine Frechheit.

Am 05.08.2009 fand in den Räumen des Bundestages eine von FPD und Naumann-Stiftung organisierte Veranstal-

tung mit einflussreichen Putsch-Unterstützern aus Honduras statt – Zutritt für Kritiker_innen nicht erlaubt. Die Eingeladenen hatten in den USA als Putsch-Unterstützer keine Einreisegenehmigung erhalten, in Deutschland war das offensichtlich kein Problem (obwohl, laut eigener Aussage, der Botschafter von Honduras in Berlin noch interveniert habe, um zu verhindern, dass die Putschisten eine Einreisegenehmigung nach Deutschland kriegen). Die„Welt" berichtet euphorisch von der Veranstaltung. Endlich war mal die Wahrheit über den angeblichen Putsch in Honduras live zu hören – von direkt betroffenen, glaubwürdigen Quellen wie etwa „Ramón Villeda Bermúdez, Mitglied im Verwaltungsrat der Zentralbank" und „Fernando García Merino, Vorsitzender des honduranischen Industriellenverbandes ANDI". Und die FDP? Die sitzt natürlich auch mit am Tisch von Putschisten und Naumann-Stiftung, und überlegt schon mal, was nach der Wahl alles so gehen könnte. „Werner Hoyer, außenpolitischer Sprecher der FDP, forderte bei der Tagung eine eigenständige Lateinamerikapolitik der Europäischen Union und Deutschlands: Die Region ist viel zu wichtig, als dass man dies den Spaniern überlassen könnte."

Mitte August warf der frühere FDP-Vorsitzende und heutige Chef der Naumann-Stiftung, Wolfgang Gerhard im „Deutschlandfunk" Präsident Zelaya vor, verfassungswiedrig versucht zu haben, sich eine zweite Amtszeit zu sichern, und behauptete, dieser habe in Honduras seine „moralische Autorität" verloren – das erste Argument ist völliger Blödsinn, ging es bei der für den Tag des Putsches geplanten Befragung der Bevölkerung doch ausschliesslich um die Frage: „Sind Sie einverstanden, dass zu den generellen Wahlen 2009 eine vierte Urne aufgestellt wird, mittels welcher das Volk über die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung entscheidet?" - Zelaya hatte nie vor, zu den geplanten Wahlen im November 2009 selbst als Kandidat anzutreten. Das zweite Argument ist vor dem Hintergrund, dass noch immer tausenden Menschen in Honduras bereit sind, trotz massiver Schikanen auf die Straße zu gehen, ebenfalls reichlich absurd. Beides sind ganz offensichtlich Argumente zur Legitimierung der Barbarei im Interesse der ökonomischen Freiheit, hohe Profite zu machen.

Auch die Naumann-Stiftung setzt nun auf Frieden – Frieden mit den Putschisten natürlich. Während Militär und Polizei verhaften, foltern, morden, beklagt die Naumann-Stiftung in einem weiteren Text von Lütz Ende August die Gewalt der Demonstrant_innen. Zelaya versuche, durch „gezielte, teilweise gewalttätige Demonstrationen Unruhe im Land zu stiften, um die Interimsregierung in der Defensive zu halten. Dies kann sicherlich kein Lösungsweg aus dem honduranischen Konflikt sein. Die Interimsregierung wird die Randalierer und Unruhestifter weiterhin verhaften lassen und mit Ausgangssperren reagieren." Merke: nicht der Putsch ist illegal, nicht Folter, Verschwindenlassen, Mord sind zu verurteilen, sondern der Protest dagegen! Arme Putschisten – sie wollen doch nur das Gute, Freiheit und Frieden und hohe Profite und dass die Armen ihre Fressse halten und ruhig sind, aber diese demonstrieren, sie „stiften Unruhe" und zwingen so die friedliebende Putsch-Regierung zu den ganzen harten Maßnahmen.

Abschließend bleibt nur die These vom Anfang dieses Textes zu wiederholen: "Freiheit" ist für FDP und Friedrich-Naumann-Stiftung die Freiheit des Kapitals, hohe Profite zu machen. Staatsterror, Mord und Folter sind legitime Mittel, sofern diese Freiheit des Kapitals, hohe Profite zu erwirtschaften, in Frage gestellt wird. Sollte es hierfür noch eines Beweises bedurft haben, wäre dieser am Fall Honduras erbracht.

Wie der Anwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage bezüglich FDP und Naumann-Stiftung zu entnehmen ist, wird hier das Agieren der Naumann-Stiftung durchaus mit Wohlwollen betrachtet. Es ist äusserst unwahrscheinlich, dass sich dies unter einer zukünftigen Regierung unter Beteiligung ausgerechnet der FPD ändern wird – schon garnicht unter dem Einfluss von Westerwelle, selbst „Alt-Stipendiat" der „Stiftung für die Freiheit".

Wieder einmal liegt es also an uns, Sand im Getriebe der FDP und der Naumann-Stiftung zu sein. Sicherlich kann es hierzu auch sinnvoll sein, sich direkt an FDP und Naumann-Stiftung zu wenden. Büros der FPD gibt es überall (zu) viele, die Naumann-Stiftung hat ihren Hauptsitz in Potsdam und eine Niederlassung u.a. in Berlin.

von Indymedia vom 2.10.09

ZURÜCK AUF LOS?

DAS INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA ÜBER DIE SOLIDARITÄT MIT DER REVOLUTION

Die Revolution entfachte Projektionen einer ganzen Generation Solidaritätsbewegter. In Nicaragua schien möglich, was hierzulande so frustrierend schwer war. Doch die bedingungslose Solidarität mit der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) hielt nicht lange an und es gab Veränderungen sowohl dort als auch hierzulande.

Die Revolution in Nicaragua 1979 war eine gemeinsam geteilte Utopie. In Nicaragua selbst mobilisierte sie eine ganze Generation, die mit Pflastersteinen, selbst gebauten Bomben und Molotowcocktails die Nationalgarde Somozas angriff. Nach dem Sieg starteten die SandinistInnen eine groß angelegte Alphabetisierungskampagne. Viele zogen in die Dörfer, um mit den Bauern und Bäuerinnen zu leben, ihnen lesen und schreiben beizubringen. Außerhalb von Nicaragua mobilisierte die Revolution eine Generation von Menschen, die sich auf Hunderte verschiedene Arten mit den Zielen der Revolution identifizierten und solidarisierten, nicht zuletzt durch einen Aufenthalt in Nicaragua, der in den meisten Fällen das eigene Leben nachhaltig prägte und veränderte. Während 1978 das nicaraguanische Volk gegen die von den USA unterstützte Somoza-Diktatur kämpfte, gründete sich das Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal (Infobüro). Es war ein Zusammenschluss von Deutschen, wie dem Verleger Herrmann Schulz, und nicaraguanischen Studierenden, wie Enrique Schmidt Cuadra, der später in der ersten sandinistischen Regierung Polizeichef und Postminister wurde. Unser Projekt war ein politisches Projekt: Mit dem Aufruf „Endet das Schweigen – 46 Jahre Diktatur sind genug" begannen wir, Broschüren über die Situation in Nicaragua zu erstellen. Wir wollten die Menschen hier für die Lage in Nicaragua sensibilisieren und Öffentlichkeit schaffen. Außerdem forderten wir den Abbruch der diplomatischen Beziehungen der BRD mit Nicaragua und wiesen auf die Rolle bundesdeutscher Konzerne wie Siemens, Bayer und Mercedes hin, die weiterhin in Nicaragua tätig waren und den Fortbestand der Diktatur verlängerten. Als Höhepunkt und Zeichen unserer Solidarität mit den RevolutionärInnen gabs 1978 ein öffentlichkeitswirksames „GO-IN" in die Bonner Nicaraguabotschaft (Eine ähnliche Aktion mit umgekehrten Vorzeichen fand 1983 statt, als wir die Deutsche Botschaft in Managua für mehrere Tage besetzten, um ein deutliches Engagement der Bundesregierung gegen die Hintermänner des Contraterrors zu fordern).

> Wir waren völlig davon überzeugt, dass die FSLN die gesellschaftliche und persönliche Emanzipation per se verkörperte.

Solidarität mit den Menschen in Nicaragua auf der einen Seite und Empörung über bestehende Machtverhältnisse zwischen Nord und Süd andererseits waren bereits damals die Eckpfeiler unserer Arbeit.

Mit dem Sieg der Revolution begann die Zeit der Projektionen. Die erste Projektion war die sandinistische Befreiungsfront (FSLN). Wir waren völlig davon überzeugt, dass sie die gesellschaftliche und persönliche Emanzipation per se verkörperte. Sie wollte ja den „neuen Menschen" schaffen, um den wir uns auch in Deutschland schon Jahre vergeblich mühten. Und so überreichten wir den comandantes Spenden in Höhe von einer Million D-Mark „zur freien Verfügung" ohne uns um den Verwendungszweck zu kümmern.

Das sowohl politisch als auch wirtschaftlich größte Projekt der 1980er Jahre war die Brigadenkampagne *Todos juntos venceremos* (Gemeinsam werden wir siegen), die die sandinistische Regierung den VertreterInnen der europäischen Solidaritätsbewegungen im November 1983 vorschlug. Wir riefen dazu auf, nach Nicaragua zu reisen, um dort ein menschliches Schutzschild gegen die politische, wirtschaftliche und militärische Intervention der USA zu sein. Dem ersten Aufruf folgten etwa 1.000 BrigadistInnen aus Europa, die während ihres Aufenthaltes in Nicaragua mit Erntearbeit oder dem Häuserbau ihre Solidarität zum Ausdruck brachten. Nach der Rückkehr bereicherten zu Hause den linken Diskurs in der bundesdeutschen Öffentlichkeit und brachten neue Impulse in die Debatte ein.

Ich konnte dabei sein, als das erste Flugzeug mit dreihundert deutschen BrigadistInnen in Managua landete. Gemeinsam mit 35 hoch motivierten Menschen arbeitete ich zwei Monate auf der Kaffeeplantage La Lima im Bergland

Matagalpas, wo wir in einer Scheune schliefen und mit den KaffeebäuerInnen die Ernte einbrachten. Besonders berührte mich, mit wie viel Begeisterung die politischen, persönlichen und kulturellen Erfahrungen anschließend in unzähligen Veranstaltungen weitergegeben wurden. Viele, vor allem junge Menschen riskierten in den Grenzregionen Nicaraguas ihr Leben und erprobten damit ein Stück sozialrevolutionärer Utopie. Sie hatten zum ersten Mal Armut und Hunger erfahren, ihre Angst bewältigt und ihr Leben zur Verteidigung eines Projekts für eine gerechtere Zukunft eingesetzt.

Diese Erfahrungen standen im Gegensatz zu der im eigenen Land erlebten Ohnmacht und Entfremdung. Gleichzeitig kam es aber auch zu einer Funktionalisierung Nicaraguas und der NicaraguanerInnen als Projektionsfeld für die Ideale und unerreichbaren Ziele in der eigenen Gesellschaft. Die Friedensbewegung kämpfte mühsam und frustriert gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Raketenstationierung – um wie viel schöner und erfolgreicher schien da der antiimperialistische Einsatz auf einer nicaraguanischen Kaffeeplantage. Dabei konnten auch noch eigene Entwicklungsvorstellungen auf Nicaragua übertragen werden. Etwas belustigt beobachtete ich einmal, wie ein Brigadist neben der Küche einen kleinen diversifizierten Gemüsegarten für die BewohnerInnen anlegte, die dies staunend und interessiert beobachteten. Am nächsten Tag hatten die Kühe alles zertrampelt. Ähnliches passierte in der Häuserbrigade, die nach eigenen Vorstellungen ein Wasserpumpsystem errichtet hatte, um den Menschen in Pantasma den Weg zum Wasser holen zu verkürzen – allerdings gab es weder eine regelmäßige Treibstoffversorgung noch Ersatzteile für die Anlage.

Nach und nach entstanden überall in Nicaragua kleine, persönliche Projekte, die je kleiner, desto authentischer schienen. Zwischen 1979 und 1989 wurden über 1.000 Projekte allein von der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung finanziert. Mitte der 1980er Jahre hatte das Infobüro eine Projektbroschüre, in der örtliche Gruppen wie auf einem Menü unter 50 Projekten ihr „eigenes" aussuchen konnten. Doch das Infobüro sah diese Projektarbeit zunehmend kritisch: Die Projekte waren häufig sehr eurozentrisch ausgerichtet und degradierten die Begünstigten zum Zuschauen. Besonders aus den Städtepartnerschaftsinitiativen wurde eine enorme Menge an Materialcontainern verschickt, wobei häufig Kosten und Aufwand höher waren als der tatsächliche Nutzen.

Daher begannen wir unsere Projektarbeit in Nicaragua neu auszurichten. Statt bürgerlich-romantischen klein-klein-Projekten bevorzugten wir staatlich-revolutionäre, also von der FSLN-Regierung vorgeschlagene, Aufbauprojekte. War es die FSLN gewesen, die uns dazu gebracht hatte, die Brigadekampagne in die entferntesten und gefährdetsten Zonen Nicaraguas zu verlegen, so war sie es auch, deren Prioritäten wir in dieser neuen Phase folgten. Wir unterstützen den Aufbau von Schulen, Gesundheitszentren und Kaffeeverarbeitungsanlagen. Besonders stolz war ich, als ich als Mitarbeiter des Infobüros im Februar 1984 in Matagalpa gemeinsam mit dem Wohnungsbauministerium, der Landarbeitergewerkschaft ATC und der Kleinbauernvereinigung UNAG das Pantasma-Projekt vereinbaren konnte. Über sechs Jahre hinweg entstanden dort durch unsere Spendensammlungen und Brigadeeinsätze zwei Dörfer mit Gesundheitsposten, Schulen und Kindereinrichtungen. Dabei war es uns wichtig, einen politischen Dialog herbeizuführen, statt eingleisige Unterstützung zu leisten. So diskutierten wir in Wuppertal, wie wir die in Briefen und Fotos vermittelte Alltagserfahrung der BrigadistInnen und die Bedrohung durch die Contra in eine Öffentlichkeits- und Pressekampagne gegen die US-Politik einbauen konnten. Die unabhängige Solidaritätsbewegung ging immer davon aus, dass sich die Verhältnisse im Norden ändern müssen, damit Veränderungen im Trikont wirksam werden können. Deshalb machten wir auch in Deutschland Politik. Zum einen gab es Kampagnen gegen Weltwirtschaftsgipfel und Internationalen Währungsfonds und zum anderen wurde der alternative Kaffeehandel eingeführt, der immer betonte, dass auch der Mehrpreis nicht „fair" war, sondern symbolisch für neue Welthandelsbedingungen stand.

Anfang der 1990er Jahre begann dann eine neue Phase der Zusammenarbeit.

So sollten die Brigadeprojekte in Nicaragua keine karitative Hilfe sein, sondern die Praxis des antiimperialistischen Kampfes unterstützen. Von den Besuchten wurde das allerdings nicht so verstanden: Die Meisten glaubten, die Ausländerinnen seien mit dem Motiv gekommen, „den Armen zu helfen". Nur Wenige konnten einen Zusammenhang mit politischer Solidarität erkennen, unsere Kritik an der Politik der Bundesregierung wurde nicht gesehen.

Anfang der 1990er Jahre begann dann eine neue Phase der Zusammenarbeit. Wir hatten schlechte Erfahrungen mit den homogenen, sandinistisch orien-

tierten Verbänden und hierarchisch-patriarchalen Großorganisationen gemacht. Deshalb gingen wir über zur Projektarbeit mit kleinen Initiativen, Organisationen und Gruppen und reagierten damit auch auf die aufkommende Kritik am Entwicklungsdenken. Statt einer von außen aufgedrängten und gesteuerten Entwicklungshilfe, wollten wir den Austausch und die Beziehung zu konkreten Menschen in den Vordergrund stellen und diese dabei unterstützen, gegen jedwede Art von Ungerechtigkeit zu kämpfen.

Mit circa 15 dieser Organisationen aus unterschiedlichen Bereichen arbeiten wir bis heute eng zusammen und tauschen Organisationsmöglichkeiten sowie politische Zielsetzungen und Erfahrungen als. Dazu gehören Frauen- und Jugendorganisationen ebenso wie selbst organisierte KleinbäuerInnen. In unserer Arbeit achten wir auf größtmögliche Gleichberechtigung in den Beziehungen, erleben Veränderungsprozesse auf beiden Seiten mit und reflektieren diese fortlaufend. Mit den Frauen von der Organisation Fundación entre Mujeres (FEM) haben wir beispielsweise sehr intensiv über unsere gegenseitigen Organisationsformen diskutiert. Dabei stellte sich heraus, dass bei Projektfinanzierungen oftmals diejenigen am meisten begünstigt werden, deren Mitglieder im höchsten Entscheidungsgremium vertreten sind. Jetzt arbeitet die FEM an einer Umstrukturierung, um Begünstigte direkt zu beteiligen, Bevorzugung zu verhindern und demokratische Prozesse zu sichern.

Es gehört zu den schönsten Momenten des Austauschs, wenn wir die Ergebnisse der Projekte nicht nur in den materiellen Bedingungen, sondern auch im Selbstbewusstsein der Landfrauen erleben oder Jugendlichen in armen barrios bei ihrer materiellen und politischen Organisationsarbeit über die Schulter schauen können.

Da es hierzulande unser Anliegen ist, internationale Muster aufzuzeigen und Menschen zu motivieren sich für Veränderungen bestehender Verhältnisse einzusetzen, ist die Projektarbeit mit Nicaragua sehr wichtig. Deshalb unterstützen wir auch die kontinentalen Bewegungen gegen die Freihandelsverträge und Privatisierungsprojekte und machen Öffentlichkeitsarbeit bezüglich der Interessen von USA, EU und internationalen Konzernen an den mittelamerikanischen Märkten. Wir stehen an der Seite von Stadtteil-, Frauen-, Landlosen-, Menschenrechts- und Antikorruptionsbewegungen im Kampf um Selbstorganisation sowie demokratische und partizipative Rechte. Der Anspruch durch unsere Öffentlichkeitsarbeit an einer Veränderung der Verhältnisse mitzuwirken steht damit über unserem Interesse, Menschen in Nicaragua durch Spenden zu unterstützen.

Aus Lateinamerikanachrichten Nr. 423/424

For somethin' that he never done...

Loïc Wacquant über Prekarität, Rassismus und Gefängnis in den USA

Die Deregulierung der Produktion seit den 1970er Jahren hat auch in den USA zur Verödung der ehemaligen Industriezonen geführt. Zugleich schnellte die Zahl der Gefängnishäftlinge in die Höhe. In den Vereinigten Staaten sitzen heute etwa sieben Mal so viele Menschen hinter Gittern wie im europäischen Durchschnitt. Die meisten von ihnen sind Schwarze. Loïc Wacquant forscht seit Jahren über die Zusammenhänge zwischen dem Wandel der Arbeitswelt, der insbesondere große Teile der „schwarzen Arbeiterklasse" überflüssig gemacht hat, und dem Ausbau des Gefängnissystems. Mit ihm sprach Jenny Weyel über schwarze und weiße AmerikanerInnen hinter Gittern, die Rolle der Gefängnisse bei der Regulierung der Armut und die Folgen der Krise für dieses System der Armutskontrolle.

ak: Seit Mitte der 1970er Jahre ist die Inhaftierungsrate in den USA dramatisch angestiegen. Heute befinden sich mehr als zwei Millionen Menschen in amerikanischen Gefängnissen – Tendenz steigend. Überproportional viele Häftlinge in den USA sind Schwarze. Du hast diese Entwicklung als das „Schwarzwerden", der Gefängnisbevölkerung bezeichnet und die These vertreten, Gefängnisse seien „‚Rassen'-produzierende Institutionen". Könntest du das genauer erklären?

Loïc Wacquant: Zunächst einmal müssen wir uns darüber klar werden, wie außergewöhnlich diese Entwicklung ist, da die USA noch Mitte der 1970er Jahre eines der weltweit fortschrittlichsten Justizwesen besaß. Der Bundesstaat Kalifornien experimentierte sogar mit Gefangenengewerkschaften und selbstverwalteten Haftanstalten. In jener Zeit – im Jahr 1973 – hatten die Vereinigten Staaten ihre niedrigste Häftlingszahl im gesamten 20. Jahrhundert: etwa 380.000 Gefangene. Seitdem hat sich die Zahl der Häftlinge alle zehn Jahre mehr oder weniger verdoppelt, so dass die Inhaftierungsrate heute fünf Mal so hoch ist wie 1973.

Wie ist diese plötzliche Trendwende zu erklären?

Die konventionelle Antwort verweist auf die Kriminalität. Sie besagt, dass die USA auf einen Anstieg vor allem von Gewaltverbrechen reagiert habe, indem sie ihre Gefängnisse füllte. Tatsächlich aber stagnierte die Kriminalitätsrate in diesem Zeitraum zuerst und ging dann zurück.

Es ist außerdem bemerkenswert, dass im genannten Zeitraum der Anteil weißer StraftäterInnen nicht zugenommen hat. Wenn also die Gefängnisbevölkerung ein korrektes Abbild der Kriminalität wäre, dann hätte auch die Anzahl Weißer hinter Gittern steigen müssen. Doch das Gegenteil ist geschehen. Vor 50 Jahren lag der Anteil Weißer an den GefängnisinsassInnen bei 70 Prozent, alle anderen zusammen kamen auf 30 Prozent. Heute sind 70 Prozent der Häftlinge schwarz oder hispanisch. Schwarze Männer machen sechs Prozent der Gesamtbevölkerung aus, aber sie stellen 50 Prozent der Häftlinge.

Wir müssen daher die Funktionen des Gefängnisses in den Blick nehmen, die mit Bestrafen und Kontrolle von Kriminalität nichts zu tun haben. Das Gefängnis dient nicht dazu, Verbrechen zu bekämpfen, sondern dazu, die Armen zu regulieren, soziale Unruhen einzudämmen und diejenigen zu verwahren, die durch die neue gesellschaftliche Arbeitsteilung, den technologischen Wandel und die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse überflüssig gemacht worden sind. Darüber hinaus hat das Gefängnis den Nutzen, die Souveränität und Autorität des Staates zur Schau zu stellen.

Du sagtest, die Gefängnisse verwahren die Armen. Wäre es aus volkswirtschaftlicher Sicht nicht sinnvoller, eine höhere Workfare zu zahlen, anstatt die Armen ins Gefängnis zu sperren?

Ja, wenn man die Gesamtarchitektur dieses Systems der Armutsregulierung betrachtet, ist es durch und durch irrational. Es ist wahnsinnig kostspielig. Das kann 20, 30 oder auch 40 Jahre funktionieren, aber gegenwärtig sehen wir ja, dass dieser Modus der Armutsregulierung an seine Grenzen stößt, schlicht und einfach weil er zu teuer ist.

»Schwarze Männer machen sechs Prozent der Gesamtbevölkerung aus, aber sie stellen 50 Prozent der Häftlinge.«

Und wie wird sich die aktuelle Krise deiner Meinung nach auf die Gefangenenbevölkerung auswirken? Wird der Staat noch die Mittel haben, die Armen weiter zu verwahren?

Ironischerweise besteht in den USA eine der großen Chancen, die mit dem Zusammenbruch der Aktienmärkte und der Finanzkrise einhergehen, darin, dass die Krise die Regierung zwingt, zu einer aktiveren wirtschaftspolitischen Rolle zurückzukehren. Und je stärker die Regierung sich im wirtschaftspolitischen Feld engagiert und auch ihre Autorität aus einer aktiven Wirtschaftspolitik zieht, desto weniger muss sie das im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung, das heißt über ihre bisherige Law-and-order-Politik tun. Die Krise verringert also die Neigung zu einer repressiven Strafverfolgungspolitik – und auch den politischen Nutzen, den man aus einer solchen Politik ziehen kann.

Siehst du irgendwelche Hinweise darauf, dass es durch die Wahl von Barack Obama und des neuen Justizministers Eric Holder zu einem politischen Kurswechsel in Bezug auf den Strafvollzug kommt?

Die große Chance besteht wie erwähnt darin, dass sich die neue Regierung wegen der Wirtschaftskrise im Bereich der Law-and-order-Politik nicht wirklich profilieren muss. Unter normalen Umständen wäre die neue Regierung vermutlich dazu verdammt, die Politik ihrer

Vorgänger fortzusetzen. Ein schwarzer Präsident und ein schwarzer Justizminister können sich schließlich nicht nachsagen lassen, zu lasch mit schwarzen Kriminellen umzugehen. Das ist ein Dilemma der schwarzen Bourgeoisie, das der bedeutende schwarze Soziologe W.E.B. Du Bois schon Anfang des 20. Jahrhunderts beschrieben hat: Um von Weißen respektiert zu werden, muss die schwarze Bourgeoisie ihre Distanz zur schwarzen Unterklasse demonstrieren. Insbesondere gegenüber StraftäterInnen muss sie Härte zeigen. Andernfalls würde sie als Verbündete der schwarzen Kriminellen betrachtet werden und die Verknüpfung zwischen Schwarzsein und Kriminalität würde bestätigt werden. Ein schwarzer Präsident ist also paradoxerweise in einer sehr schwachen Position, wenn er eine mildere Strafgesetzgebung einführen will.

Das führt uns noch einmal zu einer anderen Frage zurück, die du gestellt hast, und zwar die Frage nach der Verbindung zwischen „Rasse" und Inhaftierung. Die USA setzen den Strafvollzug wie beschrieben verstärkt dazu ein, die Armen zu regulieren. Sie benutzen ihn aber auch, um die Überreste des schwarzen Gettos zu kontrollieren und in Schach zu halten. Historisch diente das schwarze Getto dazu, die schwarze Bevölkerung zu kontrollieren und in Schach zu halten – und zwar alle, egal ob sie reich oder arm waren. Doch in den 1960er Jahren brach das Getto als Instrument der Kontrolle zusammen.

»Um von Weißen respektiert zu werden, muss die schwarze Bourgeoisie ihre Distanz zur schwarzen Unterklasse demonstrieren.«

Warum?

Hauptsächlich aus drei Gründen. Erstens machte die wirtschaftliche Verschiebung hin zu post-industrieller Produktion die – im innerstädtischen Getto konzentrierte – schwarze Arbeiterklasse überflüssig. Ihre Arbeitskraft wurde in den städtischen Fabriken nicht länger benötigt, denn die Fabriken waren in die Vorstädte und in den globalen Süden abgewandert. Die bisherige Funktion des Gettos, die Arbeitskraft von Schwarzen abzupressen, war nun überholt. Zweitens begann die millionenfache Abwanderung Weißer in die Vororte. Damit verlagerte sich auch der politische Mittelpunkt des Landes in die Vororte. Die innerstädtische Bevölkerung wurde damit in politischer Hinsicht überflüssig. Nach 1968 konnten sogar die Demokraten nationale Wahlen gewinnen, ohne in den Innenstädten zu gewinnen. Drittens brachten die sozialen Bewegungen der 1960er Jahre auch die Weigerung hervor, sich weiter im Getto einsperren zu lassen. Für die schwarze Mittelklasse wurde es möglich, dem Getto zu entfliehen und sich außerhalb dessen anzusiedeln.

Und was passierte mit dem städtischen Getto?

Aus den Überresten des klassischen Gettos wurde das „Hypergetto", dessen Bevölkerung in zweifacher Hinsicht diskriminiert wird – auf Grund ihrer „Rasse" und ihrer Klasse. Ihr haftet das Stigma ihrer „Rasse", das Stigma der Armut und das Stigma der Sittenlosigkeit an. Ihr wird sexuelle Zügellosigkeit und eine mangelnde Arbeitsmoral zugeschrieben; dieser Teil der Bevölkerung, so eine verbreitete Sichtweise, braucht moralische Anleitung durch den Staat. Dies geschieht einerseits durch die staatlichen Workfare-Programme. Die BezieherInnen von Sozialleistungen werden zur Arbeit gezwungen – und dazu, unsichere und schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse zu akzeptieren. Andererseits hat das zu dem geführt, was ich „Prisonfare" nenne: zum Ausbau der Polizei, der Gerichte, der Gefängnisse, der Bewährungsstrafen, der Vorstrafenregister usw. als Mittel zur Kontrolle des schwarzen – vor allem männlichen – Subproletariats. Das Gefängnissystem wurde also verknüpft mit den Resten des schwarzen Gettos, das heißt mit dem Hypergetto. Die neue Verbindung aus Hypergetto und Gefängnis dient nicht länger dazu, Wert abzuschöpfen, sondern dazu, unerwünschte Bevölkerungsteile, die als gefährlich, abweichend und heruntergekommen betrachtet werden, auszugrenzen.

Zum anderen sind – gewissermaßen als Satelliten des klassischen Gettos – auch räumlich abgetrennte Wohngegenden der schwarzen Mittelschicht entstanden. Es ist bemerkenswert, dass sich die Wahrscheinlichkeit, ins Gefängnis zu kommen, für junge schwarze Männer ohne High School-Abschluss in den letzten 20 Jahren verfünffacht hat, wohingegen sie sich für schwarze Männer mit College-Abschluss halbierte. Das bedeutet, dass sich die neue Repressivität des Staates nicht gegen Schwarze insgesamt richtete, sondern nur gegen die schwarze Unterschicht.

In welchem Zusammenhang steht das zu dem, was du über das Prekariat gesagt hast? Macht es Sinn zwischen den aus ökonomischer Sicht „Überflüssigen" und denjenigen prekären Arbeitskräften zu unterscheiden, die noch benötigt werden?

Ich denke ja. Und die Institution, die die Grenze zieht zwischen denjenigen, die noch„gerettet" und in den Arbeitsmarkt – wenn auch in einen prekarisierten Arbeitsmarkt – wieder eingegliedert werden können, und jenen, die nicht länger verwertbar sind, die nur noch zwischen Hypergetto und Gefängnis hin und her pendeln, ohne je wieder in den Arbeitsmarkt einzutreten, ist der strafende Staat. Für all jene, die den Workfare-Maßnahmen unterworfen sind, besteht zumindest die Möglichkeit, dass sie wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Und die Kriminalisierung soll verhindern, dass der Rest des Prekariats sich mit den Überflüssigen solidarisiert?

Genau. Es geht um zwei Dinge: Wenn der Strafvollzug ausgebaut wird, dann setzt das zunächst einmal diejenigen unter Druck, die sich gegen Niedriglohn-Jobs sträuben. Was sind die Möglichkeiten, sich gegen Billigjobs zu wehren? Eine Möglichkeit ist, in die Schattenwirtschaft auszuweichen. Doch wenn die Kosten für ein Ausweichen in die Illegalität drastisch erhöht werden, indem sich beispielsweise die Wahrscheinlichkeit, dass die Polizei dich erwischt, wenn du Drogen verkaufst, auf 50 oder 80 Prozent erhöht und die Wahrscheinlichkeit, dafür drei Jahre ins Gefängnis zu wandern, auf 100 Prozent steigt, dann werden sich viele Leute sagen, da mach ich doch lieber den miesen Job. Das Strafsystem hat also den Zweck, den Druck zu erhöhen. Es soll diejenigen, die sich prekarisierten Arbeitsbedingungen widersetzen, dazu zwingen, diese Bedingungen zu akzeptieren. Aber es stigmatisiert zugleich auch diejenigen, die Bekanntschaft mit dem Gefängnis gemacht haben, und trennt sie von denen, die nicht im Gefängnis waren.

aus ak 542

November 2009

Fr.	6.11.	22:00	Mash up di place
Sa.	7.11.	22:00	Lesbischwule Halloween Party
Fr.	13.11.	20:00	Punk-Konzert: Thought Police Brutality + Verge on Reason
Sa.	14.11.	22:00	Frauenparty ‚La Luna'
Fr.	20.11.	23:00	Teonanacatl (Psy Trance)
Sa.	21.11.	22:00	Männerfabrik
Mi.	25.11.	21:00	Crush Hour Concerts: Schwervon! + TV Buddhas + Herr von Eden
Fr.	27.11.	22:00	Mash up di place
Sa.	28.11.	22:00	Rosa Disco

Dezember 2009

Do.	3.12.	21:00	Crush Hour Concerts: Guts Pie Earshot
Fr.	4.12.	21:00	Crush Hour Concerts: Escapehawaii
Sa.	5.12.	22:00	Homophilias – Party für Lesben und Schwule
Fr.	11.12.	23:00	Hight Tension VI – Drum'n'Bass
Sa.	12.12.	22:00	Disco Deluxe – CSD-Soli-Party
Fr.	18.12.	23:00	Teonanacatl (Psy Trance)
Sa.	19.12.	22:00	Männerfabrik
Mi.	23.12.	21:00	Crush Hour Weihnachtskonzert
Do.	24.12.	23:00	Ein psychedelisch Tanzvergnügen
Fr.	25.12.	21:00	Sputnikkonzerte
Sa.	26.12.	22:00	Rosa Disco
Do.	31.12.	23:00	Ein psychedelisch Tanzvergnügen

Infoladen roter strumpf

Mo.	18h - 21h
Di.	16h - 19h
Mi.	16h - 19h
Do.	18h - 21h

Wöchentlich

Mo.	19:00	Crush Hour Concerts
Mo.	19:30	Antira-Plenum OI/BI
Mo.	20:30	Antifa-Café
Mo.	21:00	Mumia-Bündnis
Di.	20:00	Subklub
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich

1. Mi.	20:00	FrauenLesbenKneipe
2. Fr.	20:30	NutzerInnenplenum